



ARMIN NASSEHI

Die Wiedergewinnung des Politischen

Eine Auseinandersetzung mit
Wahlverweigerung und kompromisslosem Protest



Konrad
Adenauer
Stiftung

ARMIN NASSEHI

Die Wiedergewinnung des Politischen

Eine Auseinandersetzung
mit Wahlverweigerung und
kompromisslosem Protest

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLITIK DENKEN

Band 1

Herausgegeben von Petra Bahr
und Nico Lange

Urheber: Armin Nassehi

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2016

Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 Deutschland“, CC BY-SA 4.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licences/by-sa/4.0/>)

© 2016, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung
der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-395721-208-5



ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1604-1037

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Einleitung	7
Erstens Eine Problemexposition: Protesthaltungen innerhalb oder gegen die Politik?.....	13
Zweitens Politik und die Krise der Macht	25
Drittens Andockstellen I: Das politische Publikum und die digitalisierte Information	47
Viertens Andockstellen II: Komplexität und Steuerung	55
Fünftens Granularisierung und Symmetrisierung: Der Verlust des Adressaten und ironische Brechungen	67
Sechstens Fallen der Erzählbarkeit: Wovon sich rechter und linker politischer Protest nährt	83
Siebtens Übersetzungskonflikte und die Wiedergewinnung des Politischen	101
Der Autor	119
Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	120

Vorwort

Die Gesellschaft ist im Umbruch. Individualisierung, Wertewandel, die Pluralisierung der Gesellschaft, aber auch die Erweiterung des Religionsbegriffs und der Weltanschauungen sowie die Digitalisierung des privaten Lebens und der Arbeitswelt sind nur einige Stichworte, mit denen die Veränderungen häufig diskursfähig gemacht werden. All diese Entwicklungen sind nicht neu. Ihr Ausmaß könnte man in historischer Perspektive relativieren. Und doch ist diesmal etwas anders: Die gesellschaftlichen Umbrüche führen dazu – wie Armin Nassehi in diesem Buch darlegt –, dass die Politik ihren Anspruch verliert, allgemeinverbindliche Entscheidungen für die gesamte Gesellschaft herzustellen und das Gemeinwesen erst narrativ zu begründen. Der Politik verbleibt noch nicht einmal die Rolle des Moderators in der Gesellschaft. Sie wird zum Spieler unter vielen. Der Autor sieht darin die tiefere Ursache für Protestverhalten und Wahlabstinenz. Gerade der Populismus – so seine scharfsinnige These – profitiert davon, indem er auf das Auseinanderfallen von neuer gesellschaftlicher Realität und notwendigem Anspruch der Politik hinweist.

Ein Grund für Kulturpessimismus sind diese Entwicklungen jedoch nicht. Für Nassehi ist klar: Das Politische kann zurückgewonnen werden. Ein erster Schritt ist schon gemacht, wenn die Politik gesellschaftliche Änderungsprozesse und neue Realitäten überhaupt zur Kenntnis nimmt und narrativ verarbeitet. Dieser Aufgabe hat sich der vor-

liegende Band verschrieben. Er bietet eine erhellende Analyse gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und beleuchtet die Hintergründe gegenwärtigen Protests gegen „etablierte“ politische Institutionen.

Wir danken ganz herzlich Armin Nassehi für seinen Beitrag. Er bildet den gelungenen Auftakt für eine Reihe zu aktuellen politischen, gesellschaftlichen und religionspolitischen Themen.

All unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine anregende Lektüre!

Petra Bahr

Nico Lange

Einleitung

Wahlabstinz – also sinkende Wahlbeteiligungen – und außerparlamentarischer, kompromissloser politischer Protest gelten in demokratischen politischen Systemen als Krisensymptome und als Seismographen für Anomalien. Freilich schützt der demokratische Rechtsstaat sowohl Wahlabstinz – es gibt nur ein Wahlrecht, aber keine Wahlpflicht – ebenso wie politischen Protest, so weit dieser sich an einschlägiges Recht hält. Das Krisenhafte und auf Anomalien Verweisende liegt eher darin, dass sowohl Wahlabstinz als auch politischer Protest sich den Routinen demokratischer Willensbildung entziehen – also der Teilnahme an Wahlen und der Anerkennung eines politischen Diskurses, der um richtige Lösungen ringt.

Es besteht in der Forschung ein breiter Konsens darüber, dass das Ansehen der und das Vertrauen in Politiker auf einem historischen Tiefpunkt angelangt sind.¹ Und es besteht ebensolcher Konsens darüber, dass Wahlabstinz und politischer Protest mit dieser Unzufriedenheit sowie mit sozialer Ungleichheit korrelieren.² All dies sind Hinweise darauf, dass Wahlabstinz und politischer Protest zu

-
- 1 Stiftung für Zukunftsfragen: Was die Bundesbürger für 2016 erwarten, Rückkehr der „German Angst“, In: *Forschung aktuell*, 36 (2015) 265, S. 4.
 - 2 Hadjar, Andreas / Köthemann, Dennis: Klassenspezifische Wahlabstinz – Spielt das Vertrauen in politische Institutionen eine Rolle? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 66 (2014) 1, S. 51-76; Bohne, Maik: Nichtwähler in Deutschland. Analyse und Perspektiven. In: *Zeitschrift für Politikberatung*, 3 (2010) 2, S. 253-265.

einer grundlegenden Störung zwischen politischen Institutionen und großen Teilen der Bevölkerung führen.

Die folgende kleine Studie beschäftigt sich mit der Frage, wie eine solche Entfernung großer Bevölkerungsteile von den Institutionen des politischen Systems einzuschätzen ist. Dabei wird ein konsequent soziologischer und gesellschaftstheoretischer Weg eingeschlagen – kein politikwissenschaftlicher, der sich mit den konkreten Institutionen und Routinen des politischen Systems befasst, auch kein politischer, der politisch umsetzbare Konzepte anbieten könnte. Es geht vielmehr um eine ebenso theoretische wie empirische Bestimmung des Verhältnisses zwischen dem politischen System und der Gesellschaft – es geht um das, was man den Machtkreislauf zwischen Politik und der Gesellschaft nennen kann.

Bevor der Gedankengang kurz vorgestellt wird, sei folgende Bemerkung erlaubt. Sowohl der Begriff Wahlabstinenz als auch der Begriff des politischen Protests werden hier recht unspezifisch gebraucht, jedoch versehen mit einer deutlichen Einschränkung. Zunächst werde ich bereits im ersten Kapitel betonen, dass es in Deutschland ein Wahlrecht und keine Wahlpflicht gibt – das heißt: Wahlabstinenz ist eine sowohl legale als auch legitime Reaktion auf politisches Handeln und auf politische Angebote, allerdings nicht wirklich wünschenswert. Die Motive für Wahlabstinenz können vielfältiger Natur sein. Allerdings weisen die in den letzten Jahren kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligungen auf ein strukturelles Problem hin, auf das hier aufmerksam gemacht werden soll.

Des Weiteren ist der Begriff des politischen Protests ungenau. Politischer Protest wird hier nicht per se delegitimiert und in Frage gestellt. Politischer Protest, politische Demonstrationen, außerparlamentarische politische Äußerungsformen werden durch unsere liberale Verfassung als hohes Rechtsgut geschützt. Politischer Protest ist ein hohes demokratisches Gut, das hier nicht in Frage gestellt werden soll. Man kann sogar sagen, dass politischer Protest durchaus auch Ausdruck einer lebendigen politischen Kultur sein kann. Empirische Befunde über die Bundesrepublik weisen darauf hin, dass die „Normalisierung“ politischen Protests auch zu seiner Zivilisierung beigetragen hat.³

Im Übrigen steht auch solcher Protest unter staatlichem Schutz, dessen Inhalte indiskutabel sind. Um es deutlich zu sagen: Auch PEGIDA, linksautonomer Protest und Ähnliches ist vom demokratischen Rechtsstaat zu schützen, solange keine Rechtsnormen gebrochen werden.

Worum es hier geht, ist Folgendes: Es soll politischer Protest in den Blick genommen werden, der sich explizit gegen die politische Ordnung selbst richtet, der sich also nicht als politische Opposition versteht, sondern als Opposition gegen das politische System und seine Institutionen. Wie Wahlabstinz ist auch dies eine Reaktion, die eben nicht dem modernen Mechanismus folgt, dass in demokratischen politischen Systemen die Möglichkeit der Opposition ins politische System institutionell abgesichert ist. Um also jedem Missverständnis vorzubeugen: Es geht um poli-

3 Vgl. dazu Lahusen, Christian / Bleckmann, Lisa: Beyond the Ballot Box: Changing Patterns of Political Protest Participation in Germany (1874-2008). In: German Politics, 24 (2015) 3, S. 402-426.

tische Opposition von außen! Dies wird im ersten Kapitel ausführlich erläutert werden.

Die Studie folgt sieben Schritten. Der erste wird, wie schon angedeutet, die Bedeutung politischer Opposition von außerhalb der politischen Institutionen in den Blick nehmen. Im zweiten Kapitel folgt dann eine Analyse politischer Macht, die zu der These gelangt, dass das politische System derzeit einen Machtverlust erleidet. Das dritte und das vierte Kapitel beschäftigen sich mit Andockstellen des Politischen und ihren Krisen: Zunächst wird gezeigt, dass die digitale Revolution die Ansprechbarkeit des politischen Publikums erheblich erschwert, dann geht es grundlegend um die Frage der Steuerungsfähigkeit des Staates in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft.

Das fünfte Kapitel widmet sich der These, dass dem politischen System die Adressaten entgleiten. Und zwar zum einen durch die Granularisierung von Lebenslagen, zum anderen durch merkwürdige Symmetrierwartungen in der Gegenwartskultur. Im sechsten Kapitel werden „Fallen der Erzählbarkeit“ von rechts und links erläutert. Die These wird lauten, dass es rechte und linke Angebote sind, die in ihren Diagnosen die Komplexität der Gesellschaft so weit unterschreiten, dass sie sachlich völlig insuffizient werden, aber eine starke Diskursposition gerade für politischen Protest erlangen. Das letzte Kapitel schließlich wird sich der Frage der Wiedergewinnung des Politischen widmen.

Eine letzte Frage am Anfang: Besteht überhaupt Handlungsbedarf, solange man Wahlen gewinnt bzw. gewinnen kann? Diese Frage mag merkwürdig erscheinen, aber sie

verweist auf einen spezifischen politischen Mechanismus. Es gehört zur Logik des Politischen, dass nur das auf der Agenda stehen kann, was auf einen Problembedarf schließen lässt – sei es nun ein sachliches oder ein politisches Problem. Deshalb ist strategisches Denken im Rahmen konkreter politischer Praktiken eher unterrepräsentiert, wofür es in der Tat gute Gründe gibt. Freilich weist diese Studie darauf hin, dass sich im Hinblick auf den Machtkreislauf des Politischen mehr geändert haben könnte, als es dem politischen Betrieb mit all seinen Routinen – zu denen auch gehört, gewählt zu werden – ansichtig wird. Vordergründig gehen die Änderungen von den vom einzelnen Nationalstaat aus kaum mehr handhabbaren Herausforderungen der Globalisierung aus, wie sie in der Finanzkrise und in der Flüchtlingskrise geradezu paradigmatisch zum Ausdruck kommen. Die Finanzkrise verweist auch darauf, wie sehr die Vernetzung der Geldströme eine globale Vernetzung ist, vor der sich Wirtschaftsräume weder abschotten können noch wollen können, was aber zugleich den Einflussbereich staatlichen Handelns erheblich transzendiert. Und die Flüchtlingskrise ist ein im wahrsten Sinne des Wortes Fleisch gewordener Ausdruck der Globalisierung in Form von Bewegungen von Menschen, die durch staatliche Grenzen kaum mehr gesteuert werden können. Beide Politikfelder verweisen auf eine gewisse Ohnmacht politischer Akteure, tatsächlich Herr der Ereignisse zu sein – und manche hehren Ziele in den entsprechenden Debatten lassen sich nicht einfach durch angemessenes und legitimes politisches Entscheiden herstellen. Das gilt sowohl für die Steuerung von Volkswirtschaften und individuellen ökonomischen Akteuren als auch für die Push- und Pull-

Faktoren von Migranten, die vor kaum beherrschbaren Konflikten fliehen.

Neben diesen soeben eher vordergründig genannten konkreten Politikfeldern, die die öffentlichen Debatten und politischen Entscheidungsträger derzeit herausfordern, ist aber auch ein grundlegender Wandel im Verhältnis von Staat und Gesellschaft bzw. politischem System und den anderen gesellschaftlichen Instanzen als Ursache für eine Änderung des Machtkreislaufs zu nennen. Man muss keineswegs dramatisieren, um zu behaupten, dass das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Komplexität und politischen Entscheidungsformen sich derzeit neu ordnet. Und es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass gewohnte institutionelle Arrangements unter Druck geraten. Politischer Protest von außen und Wahlabstinenz sind dabei nur Symptome einer grundlegenden strukturellen Verschiebung – einer Verschiebung, die erhebliche Konsequenzen für politisches Entscheiden hat. Genau deshalb sollte es sich lohnen, die nachfolgenden Analysen, die keinerlei politisches Programm enthalten, auch aus politisch-praktischer Perspektive zu lesen. Jedenfalls sind sie mit der Erwartung geschrieben, dass sich Leserinnen und Leser politischer Provenienz für diese Analysen interessieren könnten.

ERSTENS

Eine Problemexposition: Protesthaltungen innerhalb oder gegen die Politik?

Wahlabstinz und politischer Protest wirken zunächst wie Gegensätze. Während Wahlabstinz eher auf Handlungspassivität verweist, suggeriert politischer Protest eine besondere, geradezu überschießende Aktivität. Wahlabstinz könnte auf politisches Desinteresse oder Indifferenz verweisen, aktiver politischer Protest dagegen weist auf das Gegenteil hin: Auf besonderes Interesse und klar differenzierende Aufmerksamkeit. Dass es sich bei beiden Phänomenen um tatsächlich grundlegend unterschiedliche Reaktionen auf das Politische handelt, lässt sich zusätzlich daran erkennen, dass politischer Protest – wie wir ihn derzeit in Form von PEGIDA und Derivaten, bei Demonstrationen gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte, aber auch anlässlich der Etablierung der AfD zu gewärtigen haben – eher an den politischen Rändern zu beobachten ist. Derzeit tritt dieses Phänomen eher am rechten Rand auf, doch kannte und kennt die Geschichte der Bundesrepublik auch politischen Protest von links.

Allerdings ist das nicht die einzige Erscheinungsform politischen Protests, wenn man etwa daran denkt, wie schwer Großveranstaltungen oder Infrastrukturmaßnahmen der-

zeit durchzusetzen sind – etwa die beiden an der Loyalität der Bevölkerung gescheiterten Olympiabewerbungen von München und Hamburg oder die Proteste gegen den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs. Das Interessante an diesen Protesten ist keineswegs, dass es womöglich gute Gründe für und wider die jeweiligen Pläne gegeben haben könnte. Das Entscheidende ist, dass die Legitimation und Legitimität von Entscheidungen oder Vorschlägen der politischen Institutionen offensichtlich nicht mehr ausreichen, um Gefolgschaft zu erzeugen. Das produziert dann keineswegs politische Passivität, sondern eher überschießende politische Energie – über die institutionellen Arrangements des politischen Systems hinauschießend –, also einen aktiven Entzug des Vertrauens.

Wahlabstinenz dagegen ist eher ein passiver Entzug politischen Vertrauens. Empirische Befunde legen nahe, dass Wahlabstinenz ein deutlicher Indikator für Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen ist.⁴ Wahlabstinenz ist keineswegs immer ein Alarmsignal für einen Vertrauensverlust in die Politik, aber selbst wenn Wahlabstinenz ein Ausdruck zufriedener Indifferenz wäre oder auch der Glaube daran, dass es auf die politischen Differenzen nicht wirklich ankommt, so wäre auch diese Form der Passivität ein deutlicher Ausdruck einer unterbrochenen Verbindung zwischen politischen Akteuren und ihrem Publikum. Wahlabstinenz, wiewohl konzentriert in eher sozial schwachen Gruppen, ist keineswegs nur eine Reaktion von einkommensschwachen Gruppen oder von Wählern aus politi-

4 Vgl. dazu Schäfer, Armin: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. – Frankfurt am Main: Campus, 2015; ders.: Demokratie? Mehr oder weniger. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.12.2015.

schen Randlagen, sondern zieht sich durch unterschiedlichste Wählergruppen.⁵

Beide Phänomene haben etwas gemeinsam: Sie bewegen sich deutlich *außerhalb* des Bestimmungsbereichs politischer Institutionen, Verfahren und Partizipationsmöglichkeiten, wie sie an den erwartbaren Schnittstellen zwischen Staat und Gesellschaft etabliert sind. Und beide sind durchaus als Form der Opposition zu werten, was zunächst noch keine außergewöhnliche Diagnose wäre, denn Opposition und Differenz von Positionen gehört konstitutiv zur demokratischen Verfasstheit moderner Staatlichkeit. Und dennoch konterkarieren sie den vielleicht entscheidenden Mechanismus demokratischer Politik, wie er seit dem Beginn des nordamerikanischen und europäischen Politik-, Staats- und Demokratieverständnisses konstitutiv ist: Es ist der Mechanismus der Opposition, der im Rahmen parlamentarischer Demokratien nicht *außerhalb* der politischen Institutionen situiert ist, sondern im Gegenteil als eigene politische Institution *innerhalb* des politischen Systems verankert wurde, um die Regierung dazu zu nötigen, diejenigen Entscheidungen, die sie aufgrund ihrer parlamentarischen Mehrheit ohnehin treffen kann, mit guten Gründen zu versehen. Der Mechanismus der Opposition ist so etwas wie ein Gründe-Generator, der dem politischen Publikum nicht nur Alternativen vorführt, sondern auch die Möglichkeit gibt, die Kontingenz politischer Ent-

5 Schäfer, Armin: Wahlbeteiligung und Nichtwähler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 63 (2013) 48-49, S. 39-46; Partheymüller, Julia / Schmitt-Beck, Rüdiger: A „Social Logic“ of Demobilization: The Influence of Political Discusants on Electoral Participation at the 2009 German Federal Election. In: Journal of Elections, Public Opinion & Parties, 22 (2012) 4, S. 457-478; Bödeker, Sebastian: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. – Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung, 2012.

scheidungen verstehen zu können und zugleich die Inhaber von politischen Ämtern entsprechend anzuordnen und zu positionieren.

Ämter, das ist das Grundprinzip der Demokratie, werden durch Mehrheiten legitimiert und durch mehr oder weniger direkte Wahlen besetzt. Demokratisch erscheinen solche Ämter nur, wenn sie auf Zeit besetzt werden – und deshalb ist nicht das Wählen der entscheidende Akt der Demokratie, sondern das explizite Abwählen, oder besser: die prinzipielle Möglichkeit der Abwahl.⁶ Damit aber jemand abgewählt werden kann, muss innerhalb des politischen Systems eine Opposition etabliert werden, die im Falle der Abwahl gewählt ist – und die mit den entsprechenden Mitteln und Kompetenzen, mit einem angemessenen inhaltlichen Vorrat und Programm, mit Personal und ansprechbaren Zielgruppen ausgestattet ist. Man hat deshalb irgendwann die opponierende Seite als legitimen Teil des politischen Systems anzusehen begonnen. Aus zuvor fehlgeleiteten und illoyalen Untertanen wurde deshalb, wie es seit dem 19. Jahrhundert im Vereinigten Königreich in einer schönen Formulierung heißt, „Her Majesty’s Loyal Opposition“. Die Einheit des politischen Streits wird damit in der postabsolutistischen konstitutionellen Monarchie und in parlamentarisch-demokratischen Republiken nicht durch Versöhnung der Positionen, sondern durch Fokussierung auf ein politisches Zentrum ermöglicht, das immer schon gespalten ist. Politik operiert mit einer Doppelspitze – und wird erst dadurch inklusiv.

6 Nassehi, Armin: Abwählen! Warum in Demokratien die Opposition regiert, es aber in Europa nicht gelingt. In: ders. (Hrsg.): Kursbuch 174: Richtig wählen. – Hamburg: Murmann Verlag, 2013. – S. 25-36.

Moderne Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie – anders als in früheren Gesellschaftsformen – für die Generalinklusion ihres Personals sorgen. Die Modernisierung der Gesellschaft hat dazu geführt, dass alle Menschen ins Bildungssystem inkludiert werden, dass jeder Mann – oder wenigstens jeder Staatsbürger – denselben Rechtsstatus hat und das Würdegebot für wirklich alle gilt, dass alle Menschen medizinische Versorgung erhalten, an wirtschaftlichen Transaktionen teilnehmen können und Besitzrechte haben, dass Massenmedien tatsächlich ebenso für alle zur Verfügung stehen und auch alles thematisieren können; allen Menschen steht die Teilnahme an religiöser Kommunikation und Erleben offen, bis vor Kurzem sogar mit dem Effekt, dass die Kirchen fast die gesamte Bevölkerung institutionell abgedeckt haben. Die moderne Gesellschaft ist inklusiv – und das auch im politischen Sinne. Alle Menschen, soweit sie den staatsbürgerlichen Rechtsstatus haben, sind wenigstens als Wählerinnen und Wähler ins politische System inkludiert und durch parlamentarische Repräsentation in den politischen Entscheidungsgremien vertreten.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Das bedeutet nicht, dass dies wirklich überall in dieser Form verwirklicht ist. In allen demokratischen Staaten gibt es auch Repräsentationsdefizite und Kämpfe darum, ob bestimmte Gruppen tatsächlich politisches Gehör finden und sich angemessen vertreten fühlen. Dennoch scheint sich das Prinzip gesellschaftsstrukturell, man könnte fast sagen: hinter dem Rücken der handelnden Akteure durchzusetzen. Der deutlichste Hinweis darauf liegt darin, dass die Abweichung von diesem Prinzip auffällt. Wenn wesentliche Gruppen eines Staates oder wesentliche Interessen und Lebensformen

politisch nicht repräsentiert sind, fällt dies als Pathologie auf und kann Gegenstand von Kritik werden. Das Ende des Staatssozialismus ist so ein Beispiel. Es war insbesondere der Eindruck einer starken Nicht-Repräsentation von Bedürfnissen und Interessen innerhalb der Gesellschaft, die zu einer Delegation des politischen Systems führte. Und die Entstehung neuer Parteien oder die Neuordnung des Parteiensystems in westlichen Demokratien, wie sie in vielen europäischen Ländern stattfand, hat stets auch damit zu tun gehabt, dass sich eine pluralistischer und komplexer werdende Gesellschaft neue Formen der politischen Repräsentation sucht.

Das Demokratische als Repräsentationsform und Machtkreislauf, wie ich es weiter unten beschreiben werde, ist modernen komplexen Gesellschaften nicht nur normativ, sondern auch strukturell eingeschrieben – und wenn nicht als vollendete Lösung, dann wenigstens als Bezugsproblem. Denn auch die Abweichungen von der westlichen Demokratie müssen das Repräsentationsproblem irgendwie lösen – etwa durch die Unterordnung des Staatsvolkes unter eine Klassenutopie im Staatssozialismus, der den Terminus des Demokratischen bis in die Staatsbezeichnungen verwendete, oder durch die gewaltsame Herstellung einer völkischen, ethnischen oder rassistischen Einheit, die sich selbst repräsentiert, im Faschismus und Nationalsozialismus. All diese Formen, die auf die Modernisierung von gesellschaftlichen Strukturen reagieren, sind konstitutive Varianten des „demokratischen Zeitalters“, wie etwa Jan-Werner Müller die Geschichte der Moderne rekonstruiert.⁷ Ein Grundzug gesellschaftlicher Modernisierung ist,

7 Vgl. Müller, Jan-Werner: Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2013.

dass tatsächlich die gesamte Bevölkerung politisch berücksichtigt werden musste. In diesem Sinne wurde ein generalisierter Zugang zu Bildungsinstitutionen, zur Krankenversorgung oder zu rechtsförmigen Anspruchsberechtigungen ebenso wie zu arbeitsteiligen Einkommensformen als Grundlage für die materielle Versorgung geschaffen.

Dieser Mechanismus, den man soziologisch eine „Generalinklusion“ in die Gesellschaft nennen kann, ermöglicht erst die Formenvielfalt der modernen Gesellschaft und schafft im Falle des politischen Systems tatsächlich die Möglichkeit, auch den Konflikt, auch die Abweichung, auch unterschiedliche Interessen und sozialmoralische Vorstellungen unter sich zu vereinigen. Der Mechanismus der Opposition und die damit verbundene Erfahrung, dass die Minderheit zum politischen System gehört, ist die Voraussetzung dafür, dass auch diejenigen loyal zum Staat stehen und sich an die Regeln des Zusammenlebens halten, die nicht zur Gruppe derer gehören, die die Mehrheit in den Parlamenten wählen. Wir haben es in modernen politischen Systemen also mit einer wechselseitigen Form der politischen Repräsentation zu tun:

- Es wird nicht nur die Bevölkerung durch parlamentarische Fraktionen und Gruppen, durch unterschiedliche Parteien und ihre Programme sowie durch die institutionalisierte Form der Anordnung von Regierung und Opposition repräsentiert;
- sondern zugleich muss auch das, was in den Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen geschieht, jene Bevölkerung repräsentieren und abbilden, die auch zwischen den Wahlen bzw. während der öf-

fentlichen politischen Diskussion loyal bleiben wollen und sollen.

Diese doppelte Form verweist auf zweierlei: Einerseits muss das politische System der Gesellschaft sachliche Lösungen für sachliche Probleme anbieten, andererseits aber auch die soziale Repräsentation der Bevölkerung sicherstellen. Die Funktion des politischen Systems besteht demnach darin, kollektiv bindende Entscheidungen herzustellen, diese Bindung auch durchzusetzen und *zugleich* das zu repräsentierende Kollektiv ansprechbar zu machen. Es sei an dieser Stelle in dieser Allgemeinheit belassen, weil darauf zurückzukommen sein wird.

An dieser Stelle ist entscheidend: Sowohl Wahlabstinenz als auch politischer Protest scheinen darauf zu reagieren, dass kollektiv bindende Entscheidungen der Politik nicht mehr *innerhalb* der politischen Institutionen kritisiert und in Zweifel gezogen werden, sondern *außerhalb* der politischen Institutionen. Sowohl Wahlabstinenz als auch politischer Protest signalisieren derzeit, dass die wechselseitige Repräsentation der Politik und der Machtkreislauf zwischen politischem System und Gesellschaft offensichtlich nicht mehr einfach vorausgesetzt werden können.

Man kann darin womöglich eine Krise der Themen oder eine Kompetenzkrise im Hinblick auf die Lösbarkeit gesellschaftlich relevanter Sachprobleme sehen. Argumentiert man so, läge es nahe, hier die „richtigen Themen“ aufzugreifen, nach den Themen zu suchen, die wahlabstinente Bürgerinnen und Bürger umtreibt, oder aber die Motive politischen Protests in die Programmatik von Parteien, Regierungen und Verwaltungen aufzunehmen. Dies ist

eine Reaktionsform, die derzeit überall zu beobachten ist – und die Diagnoserichtung verweist letztlich darauf, entweder Vertrauen in Politik wiederherzustellen oder aber den Menschen die Sachprobleme angemessen zu erklären.

Diese Strategie ist letztlich eine reaktive Strategie. Sie beobachtet das politische Publikum und versucht, seinen Interessen bzw. seinen Selbstbeschreibungen gerecht zu werden – allein, die Gründe für Wahlabstinenz sind sehr vielschichtig und womöglich gar nicht in der falschen Positionierung von Themen oder Programmen zu suchen. Wäre das der Fall, müsste sich das Problem auf der Sachebene lösen lassen – und noch extremer: Wäre es auf der Sachebene lösbar, hätte es sich längst gelöst, denn die Entstehung politischer Programmatiken hat sich stets darauf eingestellt, die Bezugsprobleme von Gesellschaften bzw. diejenige von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und Milieus abzubilden bzw. zu repräsentieren. Das klassische Parteiensystem hat exakt diese Milieus abgebildet und Bindung dadurch hergestellt, dass es die Bezugsprobleme der jeweiligen Milieus auf den Begriff gebracht hat. Ohne hier auf den Wandel von Parteien und ihre Zielmilieus im Einzelnen einzugehen, sollte deutlich sein, dass die klassischen Parteien sich auf Veränderungen ihrer Milieus eingestellt haben. Das zeigt sich vor allem darin, dass – zumindest für den deutschen Fall – die großen politischen Spieler im Hinblick auf ihre Politikkonzepte weit von jener Unterschiedlichkeit und Exklusivität entfernt sind, die für frühere Zeiten galt. Selbstverständlich unterscheiden sich die Politikkonzepte, aber der Unterschied differenziert nicht mehr eindeutig, zumindest nicht für diejenigen, die gegen die politischen Akteure und Institutionen von außen opponieren. Aus einer solchen Perspektive der Ferne

schrumpfen die politischen Alternativen ohnehin zusammen. Und das hat nur peripher etwas damit zu tun, dass im deutschen Fall die Frequenz und Wahrscheinlichkeit Großer Koalitionen eher gestiegen ist.

Wahlabstinenz und politischer Protest richten sich nicht mehr gegen bestimmte Politikkonzepte, sondern gegen institutionalisierte Formen der Politik schlechthin – wie übrigens im Falle des politischen Protests gerade von rechts nicht nur politische Institutionen unter Verdacht geraten, sondern auch andere Instanzen der Gesellschaft: die Integrität der Medien („Lügenpresse“) wird ebenso in Frage gestellt wie die Legitimität des Kulturbetriebs oder auch von Bildungsinstitutionen und sogar Kirchen. All das ist ein Hinweis darauf, dass es offensichtlich nicht nur eine Frage der repräsentativen Programmatik des Politischen ist, die für Opposition außerhalb der politischen Institutionen sorgt. Es liegt deshalb der Verdacht nahe, dass wir es mit einer strukturellen Veränderung der Position des Politischen und des Staatlichen in der modernen Gesellschaft zu tun haben.

Das grundlegende Medium des Politischen ist politische Macht – ein Begriff, der eine schlechte Presse hat und deshalb in der Diskussion leider weitgehend gemieden wird. Unter Macht ist zunächst nichts anderes zu verstehen als die Möglichkeit, das Verhalten eines anderen auch gegen Widerstände in eine bestimmte Richtung zu lenken. Exakt das ist es, was (politische) Macht betreibt – nicht indem sie das konkrete Verhalten der Menschen steuert und lenkt, sondern indem über den Umweg des Rechts und öffentli-

cher politischer Kommunikation Loyalität zu kollektiv bindenden Entscheidungen hergestellt wird.

Es ist offensichtlich dieser grundlegende Mechanismus, der mit den Phänomenen der Wahlabstinenz und des politischen Protests in Frage gestellt wird – was sich auch daran ablesen lässt, dass etwa im Falle gegenwärtigen politischen Protests von rechts eine erhebliche Delegitimierung politischer Sprecher nahezu aller Couleur zu beobachten ist. Es entsteht ein Milieu, das für Argumente und Legitimationsformeln nicht mehr erreichbar ist und das damit nicht einmal *nicht* überzeugt werden kann, um es paradox auszudrücken. Ohne in Alarmismus verfallen zu wollen, trifft dies das Selbstverständnis der politischen Akteure und Institutionen womöglich härter als starke, unversöhnliche Auseinandersetzungen über politische Inhalte, Ziele und ihre Erreichung. Denn diese Art Protest ist zwar *politisch* in dem Sinne, dass sowohl Wahlverweigerung als auch Protest im Bestimmungsbereich des Politischen lokalisiert sind, will heißen: Auch hier geht es um kollektiv bindende Entscheidungen und um das Selbstverständnis politischer Kollektivitäten, aber offensichtlich ist der Machtkreislauf zwischen staatlichen Entscheidungen und ihrer politischen Genese unterbrochen.

Das verweist womöglich auf eine grundlegende Veränderung des politischen Systems. Unter machtheoretischen Gesichtspunkten betrachtet, gibt es Hinweise darauf, dass die politischen Institutionen und staatlich erzeugten Entscheidungen nicht mehr die einzige machtvolle Form in der Gesellschaft sind. Sie sind sicher die einzige, die auf ein legitimes Gewaltmonopol bauen können und zumindest dafür eine rechtliche Legitimationsbasis haben, aber

sie sind nicht mehr diejenige Instanz, die das Verhalten von Akteuren konditionieren können.

Noch einmal genauer: Eine soziologische Analyse von Macht kann und darf sich nicht auf die institutionellen Bedingungen von Machtpositionen beschränken. Macht ist nur in begrenztem Maße von der Position abhängig, die der Machthaber innehat. Wollte man es auf eine soziologische Formel bringen, so wäre zu konstatieren, dass man Macht weniger am Verhalten derjenigen erkennt, die die Macht innehaben, sondern am Verhalten derjenigen, über die Macht ausgeübt wird. Auf politische Macht übertragen heißt das: Erst die Gefolgschaft des Publikums – und wenn es nur die Akzeptanz widerstreitender Positionen ist – monopolisiert die politische Macht in den Institutionen des Staates. Wenn diese Bindung bzw. diese Form von Gefolgschaft aufgekündigt wird, verliert Politik ihre Macht und sieht sich der Situation ausgesetzt, womöglich nicht mehr das Monopol darauf zu besitzen, das Verhalten in einer Gesellschaft im Rahmen kollektiv bindender Entscheidungen beeinflussen zu können. Das Grundproblem alles Politischen besteht nämlich darin, paradoxerweise fürs Ganze sprechen zu wollen, aber nicht das Ganze zu sein und schon gar nicht: es steuern zu können. Gerade deshalb ist die Politik von jenem Machtkreislauf mit der Gesellschaft abhängig, die sie mit Hilfe ihrer Macht nicht wirklich konditionieren kann.

Ich werde deshalb in meinen Überlegungen zunächst mit einer kurzen Klärung des politischen Machtkreislaufs und der Funktion des politischen Systems fortfahren, bevor ich dann auf die Komplexität der modernen Gesellschaft zu sprechen komme.

ZWEITENS

Politik und die Krise der Macht

Politik unterliegt einer Paradoxie: Sie ist das Ganze, und sie ist das Ganze nur als ein Teil des Ganzen. In ihrem Selbstverständnis muss Politik wenigstens semantisch das Ganze repräsentieren und für die gesamte Gesellschaft sprechen. Sie ist aber doch nur ein Sonderbereich der Gesellschaft, in dem kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden, aber keineswegs alles Gesellschaftliche gesteuert wird. Aus dieser Antinomie gibt es für Politik kein Entrinnen: *Sie muss semantisch mehr wollen, als sie kann.* So werden in modernen Gesellschaften tatsächlich nur politisch regulierbare Sachverhalte politisch reguliert, alle anderen nicht oder nur sehr indirekt. Es wird nicht demokratisch darüber entschieden, was wissenschaftlich wahr ist, ob und wie an Gott oder die Götter zu glauben ist, wen und wie wir lieben, welchen ästhetischen Stil wir bevorzugen, wo wir investieren oder was Recht und Unrecht ist. All diese Fragen werden nach den Logiken, Routinen und Institutionen der entsprechenden Bereiche der Gesellschaft entschieden.

Entscheidend ist: Dies als ein *Defizit* des Politischen anzusehen, wäre geradezu ein Kategorienfehler, denn eine moderne liberale Gesellschaft wäre völlig unmöglich,

wenn die angedeuteten Fragen politisch organisiert würden. Man könnte auch sagen: Fast alles, was wir als „westliche Werte“ beschreiben, ist davon abhängig, dass es nicht politisch präjudiziert wird. Zu den westlichen Werten gehört übrigens auch, dass der Staat die Gesellschaft politisch und rechtlich davor schützt, alles staatlich bzw. politisch zu bestimmen. Damit gehört die Selbstbegrenzung des Politischen auf politische Fragen und die Unterwerfung politischer Macht unter rechtliche Regulierung zum entscheidenden Mechanismus von Politik im westlichen parlamentarisch-demokratischen Sinne. Die Ausdifferenzierung der Politik zu einem Sonderbereich der Gesellschaft, zu einem Funktionssystem unter anderen, ist also kein Hindernis des Politischen, sondern seine entscheidende Anfangs- und Möglichkeitsbedingung unter modernen Verhältnissen.

Freilich kann sich Politik in die anderen gesellschaftlichen Bereiche gestaltend und einschränkend einmischen und auf diese einwirken – etwa durch Rechtsetzung (was nicht mit Rechtsprechung verwechselt werden darf!), durch Einsatz des Gewaltmonopols – meist als Drohung, nicht real – oder durch Finanzierung und Redistribution von Geld in Form von Steuern, Steuererleichterungen oder Förderungen. So können etwa bestimmte Familienformen finanziell angereizt, aber nicht gesteuert oder erzeugt werden. Und bestimmte Formen des Wirtschaftens können gefördert, verboten oder reguliert werden, aber die unternehmerischen Entscheidungen bleiben unternehmerische Entscheidungen. Und es macht einen Unterschied, ob nur Hochkultur gefördert wird oder auch traditionelle Volks-

kultur, Popkultur oder Gegenkultur – die ästhetischen Kriterien freilich lassen sich nicht politisch festlegen.

Politische Regime, denen diese Totalkonditionierung gelingt, würden wir stets als pathologische Fälle politischer Herrschaft ansehen – und bei aller Unterschiedlichkeit, die rechten und linken Diktaturen des 20. Jahrhunderts ähneln sich darin, dass sie eine Totalpolitisierung der Gesellschaft angestrebt (und zum Teil erreicht) haben. Demokratische politische Systeme finden sich also als ein Teilbereich innerhalb der Gesellschaft vor. Weder sind sie das Ganze, noch können sie das Ganze tatsächlich steuern. Allerdings ist ihre Selbstprogrammierung geradezu darauf angewiesen, das Ganze repräsentieren zu wollen. Kein politisches Programm wird in Wahlen erfolgreich sein, das eine soziologische Analyse der Begrenztheit politischer Steuerungsmöglichkeiten anbietet. Vielmehr muss Politik soziologisch geradezu unrealistisch sein und in ihren Semantiken als Teil fürs Ganze stehen wollen. Dieses paradoxe Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaft, zu der die Politik gehört, wird noch dadurch gestärkt, dass das politische Publikum exakt jene Erwartungen stärkt, dass alles, was in ein Missverhältnis gerät, politisch – also kollektiv bindend – entschieden werden muss.

Es lohnt sich, die Mikrophysik des Politischen genauer anzusehen. Kommunikation gerät sofort in den Sog politischer Erwartungsstile, wenn Regelungsbedarf oder Missstände wahrgenommen werden. Insofern sind unrealistische Erwartungen an das politische System geradezu der Normalfall. Geheilt werden kann dieses Missverhältnis nur

durch das, was man den Machtkreislauf des Politischen nennen kann.

Macht erkennt man an denen, über die Macht ausgeübt wird – so habe ich es bereits formuliert. Setzt man Macht tatsächlich nicht als eine Eigenschaft von Personen an oder als bloßes Attribut einer Rolle bzw. Position, das seinerseits wieder erklärt werden müsste, erhält man einen Blick auf die operative Realität der Macht. Macht lässt sich daran erkennen, dass tatsächlich das geschieht, was der Mächtige „will“, wobei selbst dessen Wille nur ein Effekt der Machtpraxis ist. Empirisch lässt sich der „Erfolg“ von Macht daran erkennen, dass etwas geschieht und dass dieses Geschehen demjenigen zugerechnet wird, der die Macht hat. Schon diese Erklärung enthält in ihrer Argumentationsstruktur das Bild eines Kreislaufs, dem sich entnehmen lässt, dass Macht eben nichts ist, was der Mächtige allein hat, sondern was den Mächtigen und sein asymmetrisches Gegenüber erst erstehen lässt. Was man über den Machtkreislauf im politischen System sagen kann, nämlich die merkwürdige Abhängigkeit des „Staates“ vom „Volk“, das Loyalität in Form von Wählerstimmen gegen verstehbare Entscheidungen „tauscht“, gilt auch für nicht im engeren Sinne politische Machtkonfigurationen. Das Medium der Macht wird dann politisch im engeren Sinne, wenn mit negativen Sanktionen gedroht werden kann bzw. wenn negative Sanktionen denkbar sind. Der Soziologe Niklas Luhmann schreibt: „Die Macht muss ständig in Formen gebracht, muss ständig gezeigt werden; sonst findet sie niemanden, der an sie glaubt und ihr von sich aus, Machteininsatz antizipierend, Rechnung trägt.“⁸ Politisch-staatliche

8 Luhmann, Niklas: Die Politik der Gesellschaft. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2000. – S. 32.

Macht im engeren Sinne ist diejenige Form von Macht, die über negative Sanktionen verfügen kann, diese negativen Sanktionen aber gewissermaßen in einer für alle sichtbaren Unsichtbarkeit halten muss, damit sie funktioniert. Macht bedeute zunächst, dass ein Machthaber jemanden zu etwas bringen will, was dieser aus eigenem Antrieb nicht täte. Man muss dabei nicht an gewaltnahe Phänomene denken. Dass ein Strafzettel bezahlt wird, dass die Steuererklärung gemacht wird und dass wir Eigentumsrechte im Alltag nicht übertreten, obwohl dafür vielerlei Gelegenheit herrscht, wird nicht durch permanente Machtdrohung gewährleistet, aber durch die latente Anwesenheit einer abwesenden Staatsmacht, die dann sichtbar gemacht wird, wenn man sich nicht wirklich sicher sein kann, dass das Verhalten sich aus eigenem Antrieb oder Gewohnheit den Regeln und Erwartungen fügt.

Eine schöne Formulierung von Niklas Luhmann lautet: „Das Medium Macht funktioniert nur, wenn beide Seiten diese Vermeidungsalternative kennen und beide sie vermeiden wollen. Es funktioniert nur auf der Basis einer Fiktion, einer nicht realisierten zweiten Realität.“⁹ Diese Fiktion ist es, die dafür sorgt, dass sich Macht, d.h. die den anderen bindende Durchsetzung einer Entscheidung auch gegen widerstreitende Präferenzen, aus sich selbst reproduzieren kann und gerade auf das verzichten kann, was die Fiktion zur Realisierung bereithält. In der Sprache von Max Webers Herrschaftssoziologie formuliert: Es geht darum, dass Herrschaft nicht auf amorpher Macht, offenem Zwang und tatsächlicher Gewalt aufbaut, sondern in Gefolgschaft und Gehorsam ein funktionales Äquivalent findet, das auf Legitimation bauen kann, d.h. auf die beiden

9 Ebd., S. 47.

Seiten gleichermaßen bekannte Form der Begründung und der Ausschaltung von Negationsrisiken.

Noch anders gewendet: Politische Macht muss letztlich darauf setzen, dass die kollektiv bindenden Entscheidungen des Staates sich irgendwie selbst durchsetzen und letztlich alle ein Interesse daran haben, auf Sanktionen verzichten zu können. Der der Macht Unterworfenen soll sich deren Konsequenzen selbst fügen, was in der Programmformel „Demokratie“ zugleich meint, dass staatliche Entscheidungen prinzipiell zustimmungsfähig sind, selbst wenn sie den Interessen des Einzelnen im Moment widersprechen. Die Demokratie stilisiert noch die Betroffenen zu Entscheidern – was sie zugleich sind und nicht sind.

In diesem Sinne schützt die Demokratie eher die Mächtigen vor den Unterworfenen als umgekehrt – und in diesem Sinne ist es so attraktiv, die Programmformel der Demokratisierung nicht nur auf den politischen Bereich im engeren Sinne, sondern auf die Gesellschaft im Ganzen auszudehnen, wohl wissend, dass keineswegs alles in der modernen Gesellschaft auf kollektiv bindendes demokratisches Entscheiden zurückgeht. Weder über ökonomische Strategien noch über wissenschaftliche Wahrheit, weder über künstlerische Stile noch über die Liebe, nicht einmal über das, was massenmedial sichtbar werden kann, und schon gar nicht über die Heilsrelevanz von religiösen Inhalten wird demokratisch entschieden. Und nur deshalb ist die Programmformel so attraktiv. Sie ruft Legitimationsfragen ab – nicht in dem Sinne, dass Legitimation gefunden wird, sondern in dem Sinne, dass die Funktion der Frage in der Kontinuierung und Normalisierung von letztlich immer unvernünftig bleibenden Lösungen gesehen werden muss. Legitima-

tion ist gewissermaßen das Vehikel, mit dem man sowohl dem Staat als auch den Bürgern signalisiert, dass der Kreislauf der Macht tatsächlich ein Kreislauf ist, also in beide Richtungen wirkt. Man könnte diesen Mechanismus auch Vertrauen nennen.

Im Falle des Verlustes von Legitimation, also etwa im Falle von Wahlabstinenz, noch stärker im Falle von politischem Protest und von *Opposition von außen* ist dieser Kreislauf unterbrochen. Politische Entscheidungen verlieren dann ihre Legitimation in dem Sinne, dass sie ihre Macht verlieren – will heißen: Die Durchsetzung erfolgt nicht wie von selbst, und das Vertrauen in die Entscheidungen weicht einem Legitimationsverlust, vor dem der Machtkreislauf kapitulieren muss. Noch anders gesprochen: *Das politische System kann dann seine Funktion nicht erfüllen.*

Mit dem Begriff der Funktion wird eine Denkungsart aufgerufen, die sich dafür interessiert, die Teilbereiche oder Teilsysteme der Gesellschaft dahingehend zu beobachten, welches Grundproblem sie für die Gesellschaft lösen. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die Funktion des politischen Systems ist es nicht, die Gesellschaft im Ganzen zu repräsentieren oder zu steuern, sondern Kapazitäten für die Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen herzustellen. Solche Entscheidungen können kollektiv verbindliche Festlegungen treffen, sie können aber nicht das Verhalten und die Reaktion der Gesellschaft darauf steuern und konditionieren. So kann man durch Steuern, Umverteilung, Förderung, Verbote und Anreize machtvoll in die Gesellschaft hineinwirken, die Wirkung aber bleibt letztlich denjenigen Bereichen überlassen, in die hineingewirkt wird. Ob etwa

steuerliche Anreize wirklich bestimmte Investitionen zur Folge haben oder bestimmte Familienmodelle promovieren, ist politisch nur indirekt zu steuern. Ob sich die Förderung bestimmter Branchen tatsächlich auf die Weltmarktfähigkeit von Unternehmen auswirkt, hängt von anderen Faktoren ab als nur von denen, die die Politik kontrollieren kann. Und ob wissenschaftliche Forschung international wettbewerbsfähiger wird, wenn man Karrierebedingungen von Wissenschaftlern, Forschungsförderungsformate und thematische Schwerpunkte verändert, wird letztlich in der Wissenschaft entschieden. Diese wenigen Beispiele mögen andeuten, in welcher geradezu *ironischen* Situation – wie Helmut Willke es nennt – sich politische bzw. staatliche Perspektiven befinden.¹⁰ Die Selbst- und Fremdzurechnung, die etablierten Erwartungen und Ansprüche kaprizieren sich auf die Steuerungskompetenz aufs Ganze, während die faktischen Möglichkeiten durch die Funktion des Politischen limitiert sind: eben nicht gesellschaftliche Steuerung zu leisten, sondern nur kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen.

So kann man die Funktion des ökonomischen Systems in der Bearbeitung von Knappheitsfragen sehen, die des Rechtssystems in der Etablierung von normativer Erwartungssicherheit und der Kapazität entsprechender Entscheidungen für Konfliktlösungen, die Funktion des Bildungssystems in der Erzeugung von Kompetenzen, diejenige des Wissenschaftssystems in der Bereitstellung von methodisch kontrolliert erworbenem Wissen, die der Kunst darin, das Sehen sichtbar zu machen und damit darauf hinzuweisen, dass die Welt nur in unterschiedlichen

¹⁰ Vgl. Willke, Helmut: *Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft.* – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992.

Versionen sichtbar ist. Die Funktion der Religion kapriziert sich auf die Möglichkeit, die Unbeobachtbarkeit der Welt im Ganzen beobachtbar zu machen, und die Funktion der Massenmedien ist es, eine gemeinsame Welt zu simulieren.

Über all diese Funktionsbestimmungen könnte man nun lange diskutieren, was hier aus Platzgründen nicht geschehen soll. Deutlich sollte aber geworden sein, dass die unterschiedlichen Funktionssysteme der Gesellschaft je unterschiedliche Probleme lösen und damit auch unterschiedliche Erfolgsbedingungen etablieren, unterschiedlich mit internen Differenzen umgehen und nicht zuletzt je eigene Bilder der Welt erzeugen.

Und noch deutlicher sollte mit dieser Aufzählung geworden sein, dass die politische Funktion auch nur eine Teilfunktion der Gesellschaft ist, die ihr je eigenes Problem löst. Das Besondere des politischen Systems ist freilich die Erwartung des Publikums und zugleich die Notwendigkeit, das Publikum zu binden, obwohl die Erwartung letztlich nie erfüllt werden kann. Gelungene Politik muss also stets dafür sorgen, dass der Machtkreislauf nicht unterbrochen wird, d.h. dass sich genug *requisite variety* innerhalb des politischen Systems findet, auf Herausforderungen zu reagieren. Politik justiert permanent nach, beobachtet sich im Spiegel der Massenmedien, testet Zustimmungschancen und versucht Abweichungen einzufangen. Über den Mechanismus der Opposition wird starke Abweichung zur erwartbaren Größe im politischen System, und über den Mechanismus der parlamentarischen Demonstration von Alternativen werden Regierungsentscheidungen zu diskri-

minierenden Entscheidungen, die auch anders hätten ausfallen können.

Um dies angemessen beschreiben zu können, bedarf es einer genaueren Inspektion der Funktion des Politischen. Bei der in der sozialwissenschaftlichen Literatur unbestrittenen Funktionsbestimmung im Hinblick auf kollektiv bindende Entscheidungen freilich bleibt der Aspekt der Kollektivität weitgehend unberücksichtigt bzw. wird schlicht vorausgesetzt. Allerdings ist die Herstellung von Kollektiven eine genuin politische Leistung – man denke etwa an die politische Konstituierung der Nation im 19. Jahrhundert, die erst jene Gleichheitszumutung gegenüber allen Menschen in einem angebbaren Raum ermöglicht und hervorgebracht hat. Ich habe deshalb verschiedentlich¹¹ vorgeschlagen, die Funktion des Politischen nicht nur in der Herstellung von kollektiv bindenden Entscheidungen zu sehen, sondern auch in der Herstellung und Bereitstellung von gesellschaftlicher Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit. Politische Entscheidungen unterscheiden sich von anderen dadurch, dass sie eben nicht nur Entscheidungen sind, sondern dass diese Entscheidungen – in unvermeidlicher Tautologie – für all jene bindend sind, für die sie bindend sind. Meine Erweiterung der Funktionsbestimmung im Hinblick auf Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit appelliert also exakt an jenes *definiens* des Politischen, nämlich an jene adressierbare Kollektivität, die ihrer selbst ja ansichtig werden

¹¹ Vgl. Nassehi, Armin: Der Begriff des Politischen und die doppelte Normativität der „soziologischen“ Moderne. In: Nassehi, Armin / Schroer, Markus (Hrsg.): Der Begriff des Politischen. Soziale Welt-Sonderband. – Baden-Baden: Nomos, 2003. – S. 133-169; Nassehi, Armin: Der soziologische Diskurs der Moderne. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2009. – S. 322 ff.

muss, um sich im Konfliktfall an die Entscheidung zu binden bzw. zwangsweise an sie gebunden zu werden.

Der Machtkreislauf der Politik setzt voraus, dass die politische Kollektivität – also zumeist: der Nationalstaat – tatsächlich an die politischen, also kollektiv bindenden Entscheidungen gebunden wird. Das Wichtigste an der Idee der Kollektivität ist, dass Politik eben nicht nur diejenigen anspricht, die den jeweiligen politischen Entscheidungen *politisch* zustimmen, sondern schlicht alle – das politische System moderner demokratischer Staaten inkludiert nicht nur die Anhänger der Regierung bzw. derjenigen, die die Macht in Wahlen erhalten haben, sondern vor allem auch die anderen. Man müsste noch genauer formulieren: Politik spricht nicht nur an, sondern sorgt erst für Ansprechbarkeit, indem sie adressiert. Die Funktion des Politischen besteht also nicht darin, eine bereits bestehende Kollektivität anzusprechen, sondern durch die Ansprache Kollektivität zu erzeugen.

Dies ist alles andere als eine bloß akademische Reflexion auf die Wirkungsweise eines gesellschaftlichen Funktionssystems, sondern berührt tatsächlich das Zentrum jener Ressource, die aus Entscheidungen *politische* Entscheidungen macht. Denn die Qualität des Politischen einer politischen Entscheidung liegt nur zur Hälfte in der sachlichen Qualität der Entscheidung. Die andere Hälfte liegt gerade darin, jenen Machtkreislauf zu verdeutlichen, der es ermöglicht, dass kollektiv bindende Entscheidungen auch kollektiv zustimmungsfähig oder wenigstens akzeptabel werden, ohne dass Zwangsmaßnahmen sichtbar gemacht oder sogar angewandt werden müssen. Es geht nicht nur um die Entscheidung selbst, sondern auch um die Bindungsfähig-

keit der Entscheidung – vor allem für diejenigen, die nicht für diese Entscheidung optiert hätten.

Kollektivitäten sind nicht einfach vorhanden – sie müssen politisch erzeugt werden. Klassischerweise ist hier an die Nation zu denken, deren Erzählungen so etwas wie eine geschichtsträchtige Vorgängigkeit und Ursprünglichkeit behaupten. Freilich muss diese Ursprünglichkeit erzählend erzeugt werden. Benedict Andersons berühmte Wendung von Nationen und politischen Gemeinschaften als *Imagined Communities*¹² meint nicht, dass es sich nicht um „echte“ oder nicht existente Erscheinungen handele. Gemeint ist vielmehr, dass diese *Communities* tatsächlich erzeugt und erzählt werden müssen, damit sie wirksam und in diesem Sinne „echt“ und existent sind. Die besondere Leistung des Politischen besteht also explizit auch darin, Narrative für solche Gemeinschaften anzubieten. Wenn man also unterbrochene Machtkreisläufe diagnostiziert, impliziert das immer auch, dass das politische System keine Narrationen darüber anbieten kann, um Loyalität sicherzustellen. Es wäre ein Trugschluss, die Qualität von Politik bzw. die Loyalitätsfähigkeit von Politik ausschließlich an der sachlichen Ebene der Plausibilität von Entscheidungen zu messen. Wäre dies so, böten sich sogenannte Expertenregierungen als die wahrscheinlich beste Alternative an – ein Gedanke, den etwa Helmut Willke im Hinblick auf die Krise der Demokratie stark macht. Er hat keineswegs im Blick, die parlamentarische Ebene zu entmachten, aber es sollte transparent gemacht werden, dass die meisten Entscheidungen von (wissenschaftlichen) Experten getroffen oder

12 Anderson, Benedict: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, – 2. Aufl. – London, New York: Verso, 1991.

wenigstens vorbereitet werden.¹³ Abgesehen davon, dass eine solche Denkungsart die Funktion des Politischen allein auf der Ebene der sachlichen Entscheidungsfähigkeit sieht und gerade die Seite der Adressierbarkeit und Loyalitätsfähigkeit von Kollektivitäten unterschätzt, überschätzt sie zugleich die Problemlösungskapazität von Wissenschaft und Expertise. Politische Entscheidungen sind eben keine wissenschaftlichen Entscheidungen, sondern müssen sich politisch bewähren.

Neben der Sachlichkeit von Entscheidungen ist also die Narrationsfähigkeit von Entscheidungsprämissen und politischen Visionen ebenso wie die Narrationsfähigkeit von Kollektivitäten das grundlegende Geschäft des Politischen. Man muss dem politischen Publikum Chiffren und Erzählungen darüber anbieten können, wodurch es zusammengehalten wird, wie es sich definiert, wie es mit innerer Pluralität und auch kulturellen Unterschieden umgeht. Daran kommt Politik nicht vorbei. Gerade in diesen Zeiten scheint das neben den sachlichen Herausforderungen auf den Gebieten der staatlichen Souveränität, der Schulden- und Finanzpolitik und neben den Herausforderungen von Migration und Flucht von mindestens ebenso starker Bedeutung zu sein.

Neben der *sachlichen* Ebene des Politischen gibt es also auch eine *soziale* Ebene – insofern sind alle politischen Äußerungen und Präferenzen, alle politische Kritik und alle Politischen Entscheidungen stets doppelt codiert. Es kommt nicht nur darauf an, *was* entschieden werden soll, sondern auch *wer* es vorschlägt bzw. durchführt. Und es kommt nicht nur auf die *sachliche* Qualität an, sondern

13 Willke, Helmut: Demokratie in Zeiten der Konfusion. – Berlin: Suhrkamp, 2014.

auch auf den *politischen* Sinn einer Entscheidung. Politische Kommunikation leidet darunter, dass *alles*, was kommuniziert wird, stets unter dem Aspekt beobachtet wird, was es *politisch*, also im Hinblick auf Macht- und Durchsetzungschancen, bedeutet. Politik muss beide Seiten betonen und gerät in Schiefelage, wenn nur eine der beiden Seiten beachtet wird. Die Reife eines politischen Systems lässt sich daran erkennen, ob dieser Mechanismus gelingt. Er bildet erst die Voraussetzung dafür, dass der Machtkreislauf des Politischen Massenloyalität und damit Zustimmung zu Verfahren und Mehrheiten ermöglichen kann.

Diese Doppelbedeutung des Politischen in der Sach- und Sozialdimension wird oftmals als ein Defizit beschrieben, wenn etwa in der Forschung von „The Myth of the Rational Voter“ gesprochen wird, so der Titel eines Buches von Bryan Caplan, in dem zugleich die Frage beantwortet werden soll, warum Wähler letztlich schlechte Politik wählen.¹⁴ Entscheidend ist, dass Wahlen nicht nur sachlich, nicht nur im Hinblick auf die Lösung von Sachproblemen, also letztlich nicht im Sinne einer wissenschaftlichen Einstellung gewonnen (oder verloren) werden. Die Plausibilität von Politikmodellen hängt auch davon ab, ob diese Modelle Narrative anbieten, in denen sich die Wähler wiederfinden und die ihnen die Idee eines sozialen Bandes vermitteln, die die moderne Gesellschaft letztlich nicht hergibt. Es ist eine genuine Leistung von Politik, nicht nur sachliche Probleme zu lösen, sondern auch soziale Ansprechbarkeit von Kollektiven anzubieten – als politisches System im Ganzen, aber auch arbeitsteilig durch Parteien, die je un-

14 Caplan, Bryan: The Myth of the Rational Voter. Why Democracies Choose Bad Politics. – Princeton: Princeton University Press, 2008.

terschiedliche Milieus, Erfahrungen, Lebenslagen und Interessen abbilden.

Worum es letztlich geht, sind jene Andockstellen an den politischen Prozess, über die klassischerweise das politische System selbst verfügt und das es durch die Organisation von Schnittstellen selbst zu kontrollieren trachtet. Diese Kontrolle ist es letztlich, die aus der Perspektive der Politik und ihrer Institutionen den Machtkreislauf am Laufen hält und den politischen Betrieb durch Legitimationsvorschüsse möglichst wenig stört. Grob lassen sich vier unmittelbare Andockstellen unterscheiden:

- *Wahlen* als der Mechanismus, der die gesamte Kollektivität des Staatsvolkes demokratisch inkludiert und letztlich zum Ausgangspunkt des Machtkreislaufs macht;
- *öffentliche Erörterungen* von Zustimmungschancen, Lösungspotentialen und Versuchen des Interessenausgleichs zur Herstellung von Plausibilität und zur Ermöglichung von Selbstkorrekturen.
- Inanspruchnahme von *Verwaltungsleistungen*;
- *Parteien und Verbände* bündeln Interessen und Einstellungen, bieten ihren Mitgliedern gewissermaßen Interessenpakete an und erschaffen so gemeinsam eine politische Gestalt.

Diese Begrenzung von Schnitt- oder Andockstellen ermöglicht es dem politischen System, sich *einerseits* der demokratischen Zustimmung durch Wahlen und öffentliche Stimmung zu versichern, sich *andererseits* vergleichsweise ungestört der Lösung von Sachproblemen und der Austarierung von Interessen zu widmen. Demokratie in diesem

Sinne ist also nicht bloße Mehrheitsherrschaft, was letztlich die Inklusion der Gesamtbevölkerung ins Politische ausschließen würde.

Dass die Demokratie, beim Wort genommen, eine problematische Herrschaftsform ist, hat bereits die griechischen Erfinder der Demokratie umgetrieben. Bereits Aristoteles wies in seiner *Politik* darauf hin, dass die Demokratie, verstanden als die bloße Mehrheitsherrschaft, zwar die Mehrheit zufriedenstellen kann, aber letztlich unter Kompetenzgesichtspunkten scheitern muss. Das Volk kann dann zwar wählen, aber ihm stehen keine sachlichen Kriterien zur Verfügung, man könnte sagen: kein geeignetes Expertenwissen, um das Richtige zu tun. Diese Kritik am bloßen Mehrheitsprinzip hat eine lange Tradition. Sie reicht tatsächlich von Aristoteles und dem griechischen Historiker Polybios, der die *Ochlokratie*, also die Herrschaft der Masse und des Pöbels anprangert, bis zu Alexis de Tocquevilles Kritik an der amerikanischen *Tyrannie der Mehrheit* oder der Kritik an ignorantem oder irrationalen Wahlverhalten, wie es etwa von Milton Friedman offensiv formuliert worden ist – Friedman meint damit natürlich vor allem, dass die Wähler ökonomisch ignorant und irrational seien.

Aristoteles sah konsequenterweise die Lösung in der *Politie*, einer Mischform aus Demokratie im Sinne des bloßen Mehrheitswillens, und der Oligarchie politischer Entscheidungsträger. Diese Mischform erlaubt es der Mehrheit, durch Wahl der Entscheidungsträger einerseits mitzuentcheiden, andererseits vom Entscheidungsgeschäft ferngehalten zu werden. Wer Demokratie mit der unmittelbaren Herrschaft des Volkes verwechselt, muss enttäuscht werden – und das in einem doppelten Sinne. Zum einen ist die

Demokratie nicht das, was sie rein begrifflich verspricht, nämlich die Herrschaft des Volkes, denn offenkundig ist das „Volk“ nicht nur Ausgangspunkt der Herrschaft, sondern auch ihr Gegenstand. Die zweite Enttäuschung stellt sich ein, wenn man sich vorstellen würde, das Volk würde tatsächlich unmittelbar herrschen – exakt davor fürchten wir uns, vor der Herrschaft derer, die sich unmittelbaren Stimmungen hingeben und als Volk herrschen. Dann steht es schlecht um die Rechte von Minderheiten, dann herrscht der (vermeintliche) Mehrheitswille unnachgiebig, denn er ist stets im Recht. Es gibt dann nichts zu diskutieren.

Es lohnt sich, bei dieser Frage noch zu verweilen. Aristoteles' Kritik der Demokratie ist weniger historisch als systematisch interessant. Sie verweist tatsächlich auf das Problem, dass das bloße Mehrheitsprinzip womöglich ein Legitimationsgenerator für das Politische wäre, aber Sachprobleme letztlich nicht zu lösen vermag. Und selbst wenn man das Mehrheitsprinzip so gestaltet, dass auch die unterlegene Seite inkludiert ist, bleibt damit die Frage der Sachorientierung der Politik kaum berührt. Deshalb bedürfe es einer gewissen Dependenzunterbrechung zwischen den rein demokratischen und den Sachfragen – was tatsächlich auf das grundlegende Problem des Politischen verweist, u.a. auch darauf, dass der semantische Anspruch ans Politische höher ist als die faktische Sachkompetenz. Ich erwähne dies hier, weil die Kritik der Demokratie auch heute – deshalb: ein systematisches und kein historisches Interes-

se – sich exakt in diesem Spannungsfeld bewegt, wenn der Politik Inkompetenz in Sachfragen vorgeworfen wird.

Dies gilt übrigens nicht nur für Phänomene externer Opposition in westlichen Demokratien, sondern weltgesellschaftlich gesehen auch für eine ganz neue Herausforderung, die insbesondere mit der Modernisierung Chinas verbunden werden muss. In der konfuzianischen Tradition Chinas hat das Prinzip der Meritokratie eine besondere Rolle gespielt. Dieses Prinzip findet man bis heute in der Selbstbeschreibung des chinesischen politischen Systems wieder. Ganz unverhohlen wird hier das Prinzip der Demokratie und der demokratischen Auswahl von Entscheidern mit dem Argument gekontert, dass man damit keineswegs die Besten rekrutieren könne.

Eine hochinteressante Studie des in Shanghai lehrenden Politikwissenschaftlers Daniel A. Bell¹⁵ weist halb zustimmend, halb skeptisch darauf hin, dass mit einer meritokratischen Elitenzirkulation wenigstens die Sachebene der Politik angemessener bewältigt werden könne – ohne das Risiko wechselnder Regierungen, wechselnder Konzepte, starker Kompromissnotwendigkeiten etc. Das entscheidende Problem sei lediglich, transparente Kriterien für die Auswahl der Führungsebene präsentieren zu können – und zugleich wird diskutiert, ob es nicht möglich wäre, dieses im klassischen Sinne undemokratische System demokratisch etwa durch ein Referendum zu legitimieren, in dem gewissermaßen demokratisch über den Verzicht dieses Mechanismus abgestimmt würde. Bell schlägt ein vertikales Modell vor, auf der lokalen Ebene ein demokratisches

15 Bell, Daniel A. : Political Meritocracy and the Limits of Democracy. – Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2015.

Modell, auf der Ebene zentraler Regierungsorgane aber ein Modell politischer Meritokratie.¹⁶

Dass ein solches Modell am Ende den Machtkreislauf wohl mit sichtbarer Gewaltandrohung sichern muss, als das in den reifen Demokratien Europas und Nordamerikas der Fall ist, ergibt sich fast logisch. Und ob der Hinweis auf den Konfuzianismus, der immerhin aus einer Hochkultur und weniger aus einer modernen Gesellschaft stammt, wirklich alles erklären kann, sei dahingestellt. Aber ernst nehmen sollte man diese Überlegungen – nicht als wirkliche Alternative zur westlichen Demokratie, aber *einerseits* als eine empirisch sicher weltgesellschaftlich mächtiger werdende Bewegung, die andere Pfade verfolgt als die westlichen Demokratien, *andererseits* aber als eine Diagnose, mit Hilfe derer sich so etwas wie die externe Opposition politischen Protests womöglich in ihren Grundstrukturen besser erklären lässt.

Nimmt man O-Töne, etwa von PEGIDA und entsprechenden Derivaten, aber auch von anderen Protestformen beim Wort, dann scheint dort der Eindruck eines solchen *chinesischen Modells* vorzuherrschen; will heißen: Aus der Perspektive solchen Protests wird insinuiert, das Zentrum des Staates habe sich vom demokratischen Willensbildungsprozess abgekoppelt und die Elitenzirkulation im politischen System folge Kriterien, die eher meritokratisch zu nennen sind – wobei die Kriterien der Verdienste als illegitim empfunden werden. Dass das ein Zerrbild der wirklichen Verhältnisse ist, muss nicht extra betont werden, aber es wirkt überall dort plausibel und anschlussfähig, wo Opposition sich außerhalb der politischen Institutionen

¹⁶ Ebd., S. 151 ff.

wähnt. Strukturell ist das zunächst von politischen Inhalten unabhängig – es gilt nicht nur für eine sich am rechten Rand radikalisierte PEGIDA-Bewegung und eine in diesem Dunstkreis entstehende außerparlamentarische rechte Bewegung, es gilt auch für die sogenannte „autonome“ Szene am linken Rand, aber auch für bürgerlichen Protest wie etwa die Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“. Und es gilt letztlich auch für den passiven Protest der Wahlabsistenz, weil sie sich den politischen Institutionen entzieht. Die Delegitimation des Politischen findet sich als Stimmung weit über die leicht inkriminierbare PEGIDA-Bewegung hinaus, die mit dem Begriff des „Wutbürgers“ einen beredten Ausdruck für den unterbrochenen Machtkreislauf zwischen Staat bzw. politischen Institutionen und großen Teilen der Bevölkerung gefunden hat. Bestimmte Themen wie etwa die Proteste gegen TTIP nehmen geradezu absurde Formen an, es entstehen merkwürdige antisemitische Koalitionen zwischen islamistischen Gruppen und Linken, und nicht zuletzt zeigen sich christliche Gruppen für rechtes Gedankengut empfänglich.¹⁷

Das ist exakt die Stelle, von der her sich politischer Protest im Sinne einer Opposition außerhalb politischer Institutionen verstehen lässt. Es ist die Stelle, an der der Machtkreislauf paradoxerweise durch den Satz „Wir sind das Volk“ unterbrochen wird. Dass dieser Satz auf PEGIDA-Demonstrationen zu hören ist, ist natürlich eine historische Reminiszenz an die Proteste gegen das DDR-Regime, aber es ist auch ein Symbol dafür, dass der Hinweis auf das Volk, also

¹⁷ Eine Bestandsaufnahme von ungewöhnlichen Koalitionen insbesondere auf der rechten Seite des politischen Spektrums findet sich bei Bednarz, Liane / Giesa, Christoph: *Gefährliche Bürger. Die neue Rechte greift nach der Mitte.* – München: Hanser, 2015; zur kirchlichen Rechten vgl. Bednarz, Liane: *Die Radikalen.* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 01.02.2016.

auf den eigentlichen Willen des Souveräns, sich von der Arbeitsteilung zwischen dem Zentrum und der Peripherie des politischen Systems abgekoppelt hat. Hier den systematischen Ort für die Entstehung politischen Protests des oben beschriebenen Typus als Opposition außerhalb der politischen Institutionen zu sehen, verweist auf die Frage, wie sich die Andockstellen an das politische System bzw. an die politischen Institutionen verändert haben. Man könnte die Frage auch so formulieren: *Hat die Politik noch die Macht über die Gesellschaft?* Oder anders gewendet: *Vermögen es kollektiv bindende Entscheidungen noch, jene Wirkung zu erzielen, die vom politischen System realistisch erwartet werden kann?*

Wenn man unter Macht, wie oben dargelegt, die Möglichkeit versteht, das Verhalten anderer zu beeinflussen und damit Wirkung in der Gesellschaft zu hinterlassen, so verdichten sich Hinweise darauf, dass das Potential kollektiv bindender Entscheidungen womöglich unter Druck gerät, wenigstens nicht mehr jene Exklusivität hat, die ihm in der Phase der klassischen Industriegesellschaft zukam. Die hier aufgeworfene Frage hat zwei Aspekte, die im Folgenden unter dem Stichwort unterschiedlicher Andockstellen diskutiert werden soll, zunächst unter dem Aspekt der Bindung des politischen Publikums, dann unter dem Aspekt der Steuerbarkeit komplexer Gesellschaftssysteme.

DRITTENS

Andockstellen I: Das politische Publikum und die digitalisierte Information

Eine wichtige Rolle spielen neue Medienstrukturen. Schon in den klassischen Massenmedien lässt sich eine Diversifizierung durch die Privatisierung des Fernsehens, die Zielgruppenpluralisierung der Printmedien und die Beschleunigung der Politikbeobachtung registrieren. Die von Aristoteles *Politie* genannte Herrschaftsform, die der modernen demokratischen Staatlichkeit sehr ähnlich ist, lebt einerseits nicht nur von einem Machtkreislauf, sondern auch von einem Informations- und Wissenskreislauf, der für die Bindung des politischen Publikums sorgen kann. Sie lebt andererseits aber auch von einer gewissen Intransparenz der Vorbereitung von Entscheidungen in politischen Institutionen. Beides ist in dieser Form nicht mehr gegeben. Der Informations- und Wissenskreislauf entzieht sich inzwischen der Kontrolle durch *Gate-Keeper* in den Redaktionen von Printmedien und elektronischen Medien. Das Internet als Medium der Rekombination von Informationen und Wissensformen sorgt für eine unkontrollierbare, letztlich nicht durch Informationspolitik beherrschbare Form der Aufbereitung von Wissen. Die in Echtzeit zu beobach-

tende Kumulation von Einzelinformationen zu Strukturen und Themen in sozialen Netzwerken, die Erreichbarkeit von und für narrative Formen der Gesellschaftsbeschreibung, die Etablierung von themen-, milieu- und interessenabhängigen Informationszirkeln und nicht zuletzt die Sichtbarkeit kumulierender Kommentierungen des Weltgeschehens und der permanenten Kommentierung von allem durch fast jeden unterbricht jenen Informationskreislauf, von dem die Informationspolitik etablierter politischer Akteure träumt. Ohne diesen Raum als Durchlauferhitzer von Themen wäre politischer Protest heute nicht mehr möglich. Mit diesem Durchlauferhitzer freilich ist die Kontrolle von Themen und ihre semantische Steuerung geradezu unmöglich geworden.

Unter machttheoretischen Gesichtspunkten heißt das, dass sich Weltbilder nicht mehr an der Funktion der Massenmedien engführen lassen – die Funktion der Massenmedien besteht darin, die Simulation einer gemeinsamen Welt zu ermöglichen. Das bedeutet nicht, dass es keine Konjunktur von Themen mehr gibt. Es bedeutet auch nicht, dass es keine zentralen Informationsakteure in der Gesellschaft mehr gibt. Es bedeutet aber durchaus eine Entkopplung jener Andockstellen an öffentliche Diskurse.

Christoph Kucklick hat in seiner Analyse über die „granulare Gesellschaft“¹⁸ darüber hinaus sehr überzeugend gezeigt, dass die Herrschaft über das Verhalten des Einzelnen immer weniger an jenem Durchschnitt ansetzt, der klassische Politikkonzepte ausmacht. Gleichzeitig mit dem Nationalstaat ist die Notwendigkeit der Vermessung der Ge-

18 Kucklick, Christoph: Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst. – Berlin: Ullstein, 2014.

sellschaft mit dem Ziel ihrer Steuerung und Beeinflussung entstanden. So hat der Sozialphysiker Adolphe Quételet im 19. Jahrhundert als einer der ersten statistische Verfahren auf die Gesellschaft angewandt und sich darüber gewundert, wie regelmäßig sich die Menschen verhalten, etwa wenn es ums Heiratsverhalten geht. Quételet hat Abweichungen von der Normalverteilung als Störung aufgefasst und war letztlich fasziniert von einem *homme moyen*, einem Mittelwertmenschen, den man entsprechend berechnen kann und der zugleich die Grundlage für all jene Praktiken bildet, in denen die Menschen als selbstverantwortliche Individuen geformt werden.¹⁹ Als 1872 das „Statistische Amt des Deutschen Reiches“ gegründet wurde, galten die Daten nicht umsonst als Staatsgeheimnis. Sie wurden nicht veröffentlicht, weil man genau wusste, dass sie das eigentliche Machtmittel zur Steuerung der Gesellschaft sind. Und man musste sich erst daran gewöhnen, dass man mit statistischen Daten auf merkwürdige Regelmäßigkeiten stieß, obwohl die Menschen doch alles, was sie tun, aus freiem Willen tun.

Hatten diese Strategien den *homme moyen* und damit eine gewissermaßen überindividuelle normative Struktur im Blick, sind neue *BigData*-Strategien an Einzelfällen beziehungsweise Sondergruppen interessiert. Denkt man etwa an Dienstleister, die mit Hilfe von *Big Data* die Kreditwürdigkeit von potentiellen Bankkunden untersuchen, dann geht es nicht um Mittelwerte oder Benchmarks, sondern um die Individualisierung von Informationen. Aus Daten über bisheriges Konsumverhalten, Zahlungsmoral,

19 Vgl. dazu Döring, Daniela: *Zeugende Zahlen. Mittelmaß und Durchschnittstypen in Proportion, Statistik und Konfektion des 19. Jahrhunderts.* – Berlin: Kadmos, 2011.

aber auch über die Netzwerke und Kontakte von Personen, über Verbindungsdaten, über Informationen über den Lebenswandel, inklusive womöglich das Gesundheitsverhalten wird ein Profil einer Person erstellt, das dazu dient, seine Kreditwürdigkeit einzuschätzen.

Der große Unterschied zur früheren Datensammlung besteht darin, dass hier nun Daten ausgewertet werden, die nicht für den genannten Zweck erhoben wurden. Die Datenspuren stammen aus ganz anderen Zusammenhängen und werden erst im Nachhinein zu Informationen für einen bestimmten Zweck. Aktuelle *Big Data* sind in der Lage, ganz unterschiedliche Datenquellen miteinander kompatibel zu machen. Letztlich kommt hier die besondere Fähigkeit der computergestützten Form des Rechnens erst zu voller Geltung. Computergestütztes Rechnen zeichnet sich dadurch aus, dass die Digitalisierung von Daten erst die Grundlage für ihre Rekombinierbarkeit bietet. *Big Data* rekombiniert Daten, die nicht füreinander bestimmt waren, und erzeugt durch die Rekombination erst einen Mehrwert. Im Falle der Kreditwürdigkeit können etwa gesundheitsbezogene Daten herangezogen werden, um den Gesundheitszustand einer Person oder auch den Stand seiner methodischen Lebensführung abzulesen. Dabei geht es weniger um prinzipiell geheime Daten von Krankenkassen oder gar Ärzten – diese zu verwenden wäre illegal. Der Clou ist, dass immer mehr Anwender solche Daten selbst in *Clouds* oder in sozialen Netzwerken hinterlassen – etwa mit Hilfe von gesundheitsbezogenen Apps im eigenen iPhone –, die dem Selbstmonitoring dienen.

Hier ist nicht der Ort, die Struktur von *Big Data* zu diskutieren. Ich möchte es bei einem Hinweis auf die bereits

erwähnte Studie von Christoph Kucklick belassen. Von besonderer Bedeutung ist vielmehr, dass am Beispiel von *Big Data*-Strategien neue Formen der Machtausübung über das Verhalten von Menschen zu beobachten sind, die keineswegs mehr allein aus kollektiv bindenden Entscheidungen bestehen. Der *homme moyen* als Kollektivfigur war letztlich eine *politische* Figur. Der granulare Typus als individueller Adressat wird hingegen in seinem Konsumverhalten, in seinem gesundheitsbezogenen Verhalten, auch ästhetisch, moralisch und medial zielgruppenspezifisch so genau adressiert, wie es kollektiv bindende Entscheidungen nicht vermögen.

All dies sind keine Phänomene, die mit politischem Protest zu tun haben, aber sie verweisen deutlich darauf, dass der Machtkreislauf zwischen den politischen Institutionen und Routinen und dem politischen Publikum unterbrochen ist und dass sich Politik in einer defensiven Position vorfindet, in der die Differenz zwischen politischer Selbstbeschreibung (Steuerung der Gesellschaft) und politischer Funktion (kollektiv bindende Entscheidungen mit dem Ziel der indirekten Beeinflussung gesellschaftlicher Entwicklungen) nicht mehr durch Routinen des Machtkreislaufs unsichtbar gemacht werden kann. Das liegt unter anderem daran, dass es tatsächlich immer mehr Macht gegenüber dem Verhalten von Akteuren gibt, die gerade nicht auf kollektiv bindendes Entscheiden zurückgeführt werden kann. Damit verliert das politische System letztlich seine Exklusivität im Hinblick auf kollektive Verbindlichkeit. Dies führt zu einem Autonomieverlust politischen Handelns, das aus der Politik einen Getriebenen macht, keinen Treiber.

Von dieser Einmischung profitieren dann insbesondere *antipolitische* Politikbewegungen. Dieser Begriff geht auf den französischen Politikwissenschaftler Jacques de Saint Victor zurück. Er hat dabei etwa die italienische 5-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo im Blick, die für ihn ein Symbol dafür ist, dass sich Politik im Sinne des klassischen Institutionenarrangements zu einer reinen Orientierung an aktuellen Stimmungslagen wandelt. *Antipolitisch* nennt er sie, weil sich Politik hier gar nicht erst mit den klassischen Steuerungs- und Legitimationsfragen aufhält, sondern Zustimmung über diffuse Stimmungen erhält, deren entscheidender Amplifikator das Internet ist, in dem sich Stimmungen niedrigschwellig und sichtbar verbreiten und entsprechend genutzt werden können. De Saint Victor schreibt: „Das Web 2.0 spielte die Rolle des Märchenprinzen: Es weckte Dornröschen aus dem Schlaf. Seither steht die Direktdemokratie bei allen Anhängern der antipolitischen Bewegung hoch im Kurs.“²⁰

Gerade an rechtspopulistischen Bewegungen lässt sich dies gut beobachten: Auf die besondere Struktur rechtspopulistischer Formen des Politischen werde ich weiter unten noch zu sprechen kommen. Hier ist von Interesse, wie gerade Opposition von außen, also von außerhalb der politischen Institutionen, das politische System vor sich her treiben kann, bis solcherart Opposition bis ins Parteiensystem und in die Parlamente vordringen kann, ohne hier konzeptionelle Politik anbieten zu müssen. Der Legitimationsverlust von Politik wird dann weniger auf der Ebene der Argumente sichtbar. Es geht also nicht darum, ob rechtspopulistische Politik und politischer Protest besse-

20 Saint Victor, Jacques de: Die Antipolitischen. Mit einem Kommentar von Raymond Geuss. – Hamburg: Hamburger Edition, 2015. – S. 72.

re Argumente vorbringen können oder gar mit sachlichen Konzepten aufwarten. Dies lässt sich am Erfolg des *Front National* in Frankreich nach den Terroranschlägen vom November 2015 in Paris gut ablesen, aber auch an einem neu erstarkenden polnischen Nationalismus, ebenso wie an der ungarischen Provokation europäischer Selbstverständlichkeiten.

All diese Bewegungen zielen nicht auf Konzepte, sondern auf den Machtkreislauf, will heißen: auf den Legitimationsverlust politischen Handelns. Sie zielen auf den Grundmechanismus des Politischen, nämlich die letztlich unsichtbare Grenze zwischen angeblichem Volkswillen und seiner Repräsentation in den Entscheidungsroutrinen in Frage zu stellen. Genau genommen zielen sie auf die grundlegende Unterscheidung von *ethnos* und *demos*. Dabei wird die archaische Idee stammesgeschichtlicher Zugehörigkeit von der Idee der politischen Herstellung von Kollektivitäten abgegrenzt. Rechtspopulisten und politische Opposition von außen höhnen letztlich die politische Funktion der Gesellschaft aus, indem sie tatsächlich das tun wollen, was politische Selbstbeschreibungen stets wider alle Realität behaupten müssen: Nicht nur fürs Ganze zu stehen, sondern das Ganze zu sein. Ich komme darauf zurück.

VIERTENS

Andockstellen II: Komplexität und Steuerung

Die digitale Revolution der Gesellschaft besteht vor allem darin, dass sich Daten mit dem Ziel der Informationsbeschaffung verbinden lassen, die nicht dafür erhoben worden sind, miteinander in Beziehung gesetzt zu werden. Solche Daten erlauben es, gezielt zu steuern – etwa das Gesundheits- oder Konsumverhalten von Einzelnen und Gruppen, aber auch komplexe Prozesse auf Märkten, insbesondere Finanzmärkten, in der Produktion von Gütern usw. Datenverarbeitung, also die Digitalisierung von Informationen, ist freilich keineswegs der Treiber der Veränderung, sondern eher ein Symptom einer Gesellschaft, der es nicht mehr gelingt, mit ihren analogen Bildern zurechtzukommen. Bezogen auf das politische System etwa lässt sich beobachten, dass sich die klassische Industriegesellschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis an die Schwelle des 21. Jahrhunderts weitgehend in der Arbeitsteilung ihrer Funktionssysteme einrichten konnte.

Die Funktionen haben sich im Rahmen eines jahrhundertelangen Prozesses insbesondere in Europa operativ und logisch voneinander getrennt. Dass sich rechtliche, ökonomische, wissenschaftliche, politische, erzieherische, künstlerische und religiöse Funktionen voneinander

wegdifferenziert haben, kann als großer Emanzipationsprozess angesehen werden. Die Konflikträume waren die Schnittstellen, also jene Stellen, an denen die jeweiligen Funktionen versuchen, die anderen zu beeinflussen, ohne sie je kontrollieren zu können. Jedes Funktionssystem versucht dabei letztlich seine eigenen Ansprüche zu überziehen und zu übertreiben. So halten Juristen oftmals alle Fragen für justitiable Fragen, Ökonomen meinen, dass man mit Knappheitsmanagement und Anreizsystemen alles steuern könne, Wissenschaftler suggerieren, dass sich fast alle Fragen als Wahrheitsfragen klären lassen müssten, für Pädagogen ist fast alles ein Problem angemessener Bildung und Ausbildung – und all diese Perspektiven haben Recht und müssen doch scheitern.

Sie haben Recht, weil aus den jeweiligen Perspektiven die Welt tatsächlich je so erscheint. Und sie müssen scheitern, weil sich die anderen Bereiche der Gesellschaft nicht entsprechend konditionieren lassen. So versuchen die unterschiedlichen Bereiche, sich wechselseitig mit Störungen zu irritieren – Wissenschaft definiert zu beantwortende Fragen um, Pädagogen weigern sich, die etwa von Unternehmen erwarteten Kompetenzen für die wichtigsten Kompetenzen zu halten, die Politik versucht mittels steuerlicher Anreize in die Wirtschaft hineinzuwirken usw. Ich deute die Struktur dieser Konflikte nur an, die freilich nicht zentral und nicht gemeinsam, nicht konsensuell, sondern mit je eigenen Bordmitteln gelöst werden müssen. Für diese Konflikte haben sich entsprechende Routinen herausgebildet, die sich vor allem in den Institutionen einer modernen Gesellschaft niederschlagen: etwa Schulen, die unter Staatsverwaltung oder wenigstens Aufsicht stehen; Unternehmen, die sich an das Betriebsverfassungsgesetz halten

müssen; wissenschaftliche Forschung, die zwischen ihrer eigenen Freiheit und den institutionellen und finanziellen Bedingungen ihrer Möglichkeit situiert ist, um nur einige Beispiele zu nennen. Entscheidend ist, dass sich hier unterschiedliche Logiken zumeist innerhalb von Organisationen wiederfinden, die miteinander umgehen müssen.

Aus der Perspektive des politischen Systems erscheint die Gesellschaft dann einerseits als ein Raum, der als Ganzes repräsentiert und gesteuert werden soll, andererseits aber vor allem als Grenze, als unerreichbarer Raum, der mit Hilfe anderer Logiken auf die Zumutungen der Politik reagiert. Politik kann als Staat ihre Zumutungen durch Gewalt und Gewaltandrohung durchsetzen, was aber nur als *ultima ratio* funktioniert, und zwar sowohl aus Kapazitäts- als auch aus Legitimationsgründen. Ansonsten setzt Politik ihre Zumutungen einerseits durch Rechtsetzung, andererseits durch wirtschaftliche Förderung von Adressaten ganz unterschiedlichen Typs durch. Abhängig ist das politische System, wie mehrfach betont, von jenem Machtkreislauf, der die Zumutung erträglich und plausibel, im besten Falle zustimmungsfähig macht.

Auch andere Funktionssysteme haben mit solchen Kreisläufen zu tun. Man wird etwa Produkte und Dienstleistungen auf Märkten nur anbieten können, wenn auch eine Nachfrage da ist oder erzeugt werden kann; rechtliche Normdurchsetzung setzt ihre Durchsetzbarkeit voraus; wissenschaftliche Ergebnisse müssen Adressaten haben, die durchaus selbst wieder wissenschaftliche Adressaten sein können, aber nicht exklusiv innerwissenschaftliche Adressaten sind; religiöse Organisationen (Kirchen, Konfessionen, Religionsgemeinschaften etc.) sind von Sündern ab-

hängig, die ihre Sündhaftigkeit für plausibel halten; Kunst braucht ein Publikum, ohne das dieses nicht einmal beschimpft werden kann. All diese Kreisläufe versuchen ihre Schnittstellen zu kontrollieren und ihre Adressaten zu binden – und müssen das entsprechend der eigenen Logik tun. So braucht auch jemand, der Produkte herstellt und verkauft, Gefolgschaft und Anhängerschaft. Er wird diese aber *nicht politisch* durchsetzen, also nicht kollektiv bindend, sondern muss nach Marktkriterien erfolgreich sein. Vielleicht ist deshalb auch der Konsum – im wahrsten Sinne des Wortes – so stilbildend geworden, weil hier nicht mehr nur Produkte, sondern ganze Narrative und plausibel wirkende Problemlösungskonzepte für die Lebensführung angeboten, sogar Identitäts- und Identifikationsangebote gemacht werden, die sich gar nicht den Ballast kollektiver Bindungsfähigkeit aufladen müssen. Und auch eine wissenschaftliche Aussage muss sich damit nicht belasten, sie muss wissenschaftlich überzeugen, nicht rechtlich, ästhetisch, religiös oder politisch.

Was hier aus Platzgründen nur kurz und undeutlich angedeutet werden kann, ist ohne Zweifel das Grundcharakteristikum einer modernen Gesellschaft – einer Gesellschaft nämlich, die nicht aus einem Guss gebaut ist, sondern durch Differenzierungsprozesse ganz unterschiedlicher Natur Teilfunktionen und Logiken voneinander entkoppelt hat. Die Dynamik und Leistungsfähigkeit des westlichen Modernisierungsprozesses hat exakt von diesen Emanzipationsprozessen profitiert, zugleich aber auch den gesellschaftlichen Komplexitätsgrad erheblich gesteigert. Nun ist Komplexität ein Stellvertreterbegriff für fast alles Unerklärbare und letztlich auch ein komplexer Begriff, dessen Erklärung sich freilich eher einfach anhört: Komplex ist ein

System dann, wenn es gleichzeitig mehrere Zustände annehmen kann und die Zahl der möglichen Verknüpfungen von Elementen steigt. Je komplexer ein System, desto indeterministischer ist es, könnte man sagen – was gerade im Falle des politischen Systems besonders registrierbar ist, weil es wenigstens semantisch einen Determinismus seiner Einwirkungen behaupten muss. Komplexität verweist also in diesem Fall auf die Reibungsflächen, die Schnittstellen, den Kontrollverlust, die Spannung zwischen den unterschiedlichen Logiken, die in Echtzeit aufeinandertreffen und damit jenes unübersichtliche Bild der Gesellschaft erzeugen, gegen das Narrative opponieren, die eine Geschichte *aus einem Guss* anbieten.

Den Ausdifferenzierungsprozess unterschiedlicher Logiken der Gesellschaft nennt man im Kontext der soziologischen Differenzierungstheorie „funktionale Differenzierung“. Es handelt sich dabei sicher um das dienstälteste gesellschaftstheoretische Konzept innerhalb der Soziologie, das in seinen Grundstrukturen unbestritten ist, aber im Detail kontrovers diskutiert wird.²¹ Ich habe jüngst vorgeschlagen, für diesen Sachverhalt die technische Metapher der „verteilten Intelligenz“ zu verwenden.²² *Distributed intelligence* heißen in der Informatik Programme und Architekturen, in denen unterschiedliche Probleme, Lösungen, Geschwindigkeiten, Kapazitäten und operative Einheiten nicht strikt, sondern lose miteinander gekoppelt

21 Einen Überblick über die Diskussion um das Theorem funktionaler Differenzierung findet sich bei Nassehi, Armin: *Der soziologische Diskurs der Moderne*. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2009. – S. 297 ff.; ders.: *Gesellschaft der Gegenwart*. Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft II. – Berlin: Suhrkamp, 2011. – S. 123 ff.

22 Nassehi, Armin: *Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*. – Hamburg: Murmann Verlag, 2015. – S. 113 ff.

werden. Die lose Kopplung unterschiedlicher Komponenten ermöglicht es sogenannten Peripheriegeräten wie Druckern, Plottern, Laufwerken, Speichern, Arbeitsplätzen usw., nicht mehr einfach von einem Zentralrechner abhängig zu sein. Solche Geräte verfügen heute selbst über eigene Rechenkapazitäten. Das ermöglicht es zum Beispiel, den Datenaustausch möglichst klein zu halten, zeitliche Prozesse auseinanderzuziehen und damit für jeweilige Unabhängigkeit und auch Fehlerfreundlichkeit zu sorgen, denn durch die losere Kopplung ist etwa der Ersatz bzw. die Weiterentwicklung einer Komponente möglich, ohne das Gesamtsystem vollständig bearbeiten zu müssen.

Die Gesamtintelligenz eines Systems mit *verteilter Intelligenz* ist vom Schnittstellenmanagement abhängig. In einem hierarchisch gebauten System mit Unterkomponenten beruht sie auf einer schlichten Befehlsfolge mit vergleichsweise wenig komplexer, aber fehlersensibler Kopplung. Verteilte Intelligenz dagegen erhöht die Unabhängigkeit der Komponenten – sie erhöht aber auch die Schnittstellenkomplexität und verringert die Möglichkeit zentraler Steuerung, weil man nicht mehr auf alle Prozesse der anderen Komponenten Zugriff hat.

Es mag befremdlich erscheinen, ein solches Bild aus dem Bereich der technischen Informatik als Bild für die Gesellschaft heranzuziehen – aber letztlich bildet die Unübersichtlichkeit der modernen Gesellschaft einen klassischen Fall verteilter Intelligenz, der durch lose Kopplung ein Problem löst. Verteilte Intelligenz produziert aber auch neue Probleme, insbesondere auf der Seite derer, deren Selbstbeschreibung noch darauf setzt, so etwas wie eine *CPU* zu

sein, um im technischen Bilde zu bleiben, eine *Central Processing Unit*. Genau das trifft für das Politische zu.

Die Analogiebildung zur modernen Gesellschaft liegt auf der Hand – und die Analogiebildung im Hinblick auf die Funktion des politischen Systems auch. Die Metapher der verteilten Intelligenz vermag womöglich besonders gut auszudrücken, was das Problem für Politik in diesen Zeiten ist: Politik kann nicht einmal mehr den Anschein erwecken, für die *Gesamtintelligenz* der Gesellschaft zu stehen, und wird selbst zur Getriebenen zwischen den unterschiedlichen Intelligenzen. Zu nennen wären:

- realwirtschaftliche Dynamiken;
- Abhängigkeit von den Finanzmärkten und währungspolitische Konsequenzen;
- Entkoppelung von ökonomischem Erfolg und Versorgung von Bevölkerungen;
- globale Vernetzungen, die sich dem Einflussraum konkreter Staatlichkeit entziehen;
- wissenschaftlicher Fortschritt;
- rechtliche Anforderungen an die Einflussnahme auf die Gesellschaft;
- mediale Schnelligkeit;
- Daten- und Informationskontrolle durch nicht-staatliche Akteure, etc.

Prinzipiell gehört der Umgang mit den verschiedensten Intelligenzen zu den strukturellen Gegebenheiten des Politischen in modernen Gesellschaften. Und es gehört zum sachlichen Aspekt des Politischen, mit diesen Vernetzungen wirtschafts-, ordnungs- und sozialpolitisch zurechtzukommen. Das Politische schließt die Kompetenz ein, mit

indirekten Steuerungs- und Störungsmöglichkeiten umzugehen. Zugleich muss Politik auf Störungen der anderen Logiken reagieren, insbesondere auf die Störung des Ökonomischen.

Der Begriff der „Störung“ ist hier nicht pejorativ gemeint, sondern sollte als Korrelat der Unmöglichkeit des direkten Zugriffs auf die Gesellschaft gelesen werden – was im Übrigen eine der Grundbedingungen für eine demokratische Staatsorganisation ist. Die Diktaturen des 20. Jahrhunderts politisierten über die politische Gleichschaltung der Gesellschaft die gesamte Gesellschaft, was eine Demokratisierung der Politik unmöglich machte. Dass eine Durchpolitisierung der Gesellschaft Demokratie verunmöglicht, ist ein Hinweis darauf, dass ausdifferenzierte politische Systeme zur Gewalt greifen müssen, um zum Zentrum der Gesellschaft zu werden, obwohl sie es nicht sind. Man kann daraus etwas über die Fragilität des Machtkreislaufs demokratischer Politik lernen, der der Tatsache Rechnung tragen muss, dass eben nur das demokratisch entscheidbar ist, was nicht in die Eigenlogik der anderen Funktionen eingreift bzw. diese Eigenlogiken außer Kraft setzt. Wenn Wirtschaftspolitik ökonomischen Erfolg unmöglich macht, wenn Wissenschaftspolitik bestimmte Ergebnisse verbietet, wenn Religionspolitik religiöse Inhalte vorschreiben würde, wenn Rechtspolitik Urteile vorgibt, wenn Kulturpolitik Inhalte zensiert und wenn Politik die Freizügigkeit der Bürger direktiv einschränkt, müsste sie den Machtkreislauf enger definieren und könnte eben nicht auf Zustimmungsfähigkeit setzen, sondern auf direkte Durchsetzung.

Anders formuliert: Demokratische Politik des westlichen Typs muss aufs Durchregieren verzichten und findet nur begrenzte An-

dockstellen an die Gesellschaft, deren Eigendynamik so komplex ist, dass sie sich direkter Kontrolle entzieht – die aber gerade wegen dieser Eigendynamik in der Lage ist, sich immer wieder an neue Bedingungen anzupassen.

Für das politische System entsteht damit freilich exakt jenes Führungsproblem, wie es auch im Falle von Organisations- bzw. Unternehmensführung zu Tage tritt, sobald ein bestimmter Komplexitätsgrad erreicht ist.

Um es auf eine Formel zu bringen: Der klassische fordistisch-tayloristische Managementtyp musste die Schnittstellen zwischen Führung und Geführtem bzw. Geführten möglichst eindeutig gestalten und kontrollieren und Prozesse in ihren *outcomes* bereits vorher kennen, um führen zu können. Um es auf eine allzu einfache Formel zu bringen: Kreativität am Fließband ist dysfunktional. Komplexere Organisationstypen brauchen dagegen eine eher moderierende, wenigstens auf indirekte Steuerung setzende, mit sich verändernden Parametern rechnende Form der Führung.²³ Das setzt in Organisationen weder Hierarchien noch Strukturen außer Kraft, kann aber durchaus als eine Analogie gelesen werden: Selbst in Organisationen, in denen die Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Teilen (z.B. Abteilungen oder Funktionen und Logiken) organisiert und damit prozesshaft gesteuert werden können oder wenigstens werden sollen, lässt sich die Idee des „Durchregierens“ nicht mehr durchhalten.

23 Zum Gesamtkomplex Willke, Helmut: Systemtheorie. Teil 2: Interventions-
theorie: Grundzüge einer Theorie der Intervention in komplexe Systeme. – 4.
Aufl. – Stuttgart: Lucius & Lucius, 2005.

Wenn die Andockstelle des Politischen in der angedeuteten Weise nicht die Gesellschaft als Ganze ist, sondern sich multipliziert, gerät das politische System in eine schon logisch schwierige Situation. Der Grundkonflikt des modernen westlichen Gesellschaftstyps ist immer noch in der Antinomie zu suchen, dass der Kapitalismus – verstanden als ausdifferenziertes ökonomisches System, dessen einzige interne Stoppregel darin besteht, um des Gewinns willen zu wirtschaften – Ungleichheiten erzeugt, während das politische System schon wegen der funktional notwendigen Generalinklusion der Gesamtbevölkerung Gleichheit versprechen muss, wenigstens Rechts- und Partizipationsgleichheit. Dieser Grundwiderspruch verkompliziert die Andockstellen des Politischen an die anderen Teile der Gesellschaft noch einmal erheblich, weil Politik hier letztlich nicht einfach moderieren kann, sondern selbst Spieler ist.

Das erhöht Komplexität noch einmal: Denn Kapitalismus und Demokratie sind nicht einfach zwei antagonistische Größen, sondern ihrerseits Differenzierungsfolgen aus letztlich einer Quelle. Sowohl die Marktwirtschaft als auch der liberale Rechtsstaat wenden sich „gegen die feudale und ständische Gesellschaft und gegen die korporatistische Einbindung der Menschen in allen Lebensbereichen“, wie es Paul Nolte treffend formuliert.²⁴ Damit erzeugt moderne Staatlichkeit zugleich ein gewisses Maß an Staatsferne bei den Bürgern, weil der Staat eben aufgrund der Ausdifferenzierungsprozesse jene Gesamtkontrolle über die Gesellschaft nicht haben kann, die politische Semantiken haben müssen, um sich selbst plausibel darstellen zu können. Das macht den mehrfach erwähnten Machtkreislauf

24 Nolte, Paul: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. – München: C.H. Beck, 2012. – Pos. 7564/9659 (78%), E-Book.

letztlich zum anspruchsvollen Mechanismus, der dadurch geprägt ist, dass er Vertrauen dadurch herstellen muss, dass Politik sich semantisch weiter vorwagt, als sie dann einlösen kann, weswegen politische Praxis stets nachjustieren und in einer schnelllebigen Gesellschaft auf das Vergessen des Publikums setzen muss.

FÜNFTENS

Granularisierung und Symmetrisierung: Der Verlust des Adressaten und ironische Brechungen

Das politische System gerät freilich nicht nur in eine logisch, sondern auch in eine empirisch schwierige Situation. Es sieht sich damit konfrontiert, dass sich das Verhalten und das Denken der Menschen eben nicht nur durch den Machtkreislauf des Politischen beeindrucken lässt, sondern auch durch andere Kreisläufe, die Macht über das Verhalten und über Selbstbeschreibungen ausüben können. Klassische Politik in der Moderne seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, also seit der Etablierung parlamentarischer Demokratien, konnte durch interne Differenzierung in Parteien und politische Großnarrative größere Gruppen der Gesellschaft binden – also: bürgerlich-konservative Schichten, die zum Teil an Konfessionen orientiert waren, bürgerlich-moderne Schichten, bildungsnahe und eher bildungsferne Schichten, liberales Bürgertum, Arbeiterschaft und Proletariat, ländliche und städtische Milieus, traditionelle Lebensformen und urbane Milieus, soziale Aufsteigermilieus und kleinbürgerliche stationäre Milieus. Diese Bindungen hatten „Macht“ in dem Sinne, dass sie für kompakte „Pakete“ von Handlungsmöglichkeiten standen.

Politische Programme boten Gesamtpakete an, die Milieus im Sinne konkreter Lebenswelten abbildeten. Parteien konnten Bindungen dadurch erzeugen, dass sie ihrem Publikum zumuten konnten, dem Gesamtpaket zuzustimmen. Wer also eine konservative Wählerorientierung hatte, hatte zugleich das Gesamtpaket eines eher konservativen Politikkonzepts geteilt, das in sich ein stimmiges Bild abgab. Wer aus sozialdemokratischen Milieus stammte, hatte nicht nur das klassische sozialdemokratische Konzept des sozialen Aufstiegs und der Interessenvertretung von Arbeitnehmern im Gepäck, sondern auch andere Elemente sozialdemokratischer Parteien. Und wer schließlich die wirtschaftsliberalen Orientierungen einer liberalen Partei vertrat, folgte damit auch dem bürgerrechtlichen Liberalismus.

Diese Aufzählung muss hier holzschnittartig und idealtypisch bleiben, und sie stimmt in dieser Exklusivität nicht wirklich exakt. Sie sollte aber zeigen können, dass der politische Machtkreislauf in der Lage war, sich mit anderen Andockstellen der Bürger zu parallelisieren. Politische Bindungen und Konsumstile, ästhetische Vorlieben, Freizeitverhalten, sozialmoralische Standards, religiöse Praxis und Medienkonsum verliefen zwar nicht völlig parallel mit den politischen Verortungen, waren aber erheblich synchroner „gebaut“ als heute. Das machte es dem politischen System erheblich leichter, seinen Machtkreislauf durchzuhalten und damit Legitimationsressourcen abzurufen. Politik hatte mehr Macht über die Köpfe im Sinne von plausiblen Selbstbeschreibungen der Milieus und Lebensformen – und war damit auch in der Lage, in den entsprechenden Milieus für Zustimmung, auch für Zumutungen zu sorgen.

Analog zu dem, was ich im vorigen Kapitel über die Massenmedien und die Folgen digitalisierter Informationen gezeigt habe, gilt auch hier: Politische Parteien und politische Institutionen sind nicht mehr in der Lage, das Bild einer kompakten, übersichtlichen Welt zu erzeugen. Die vielfältigen Lebensformen fügen sich nicht mehr dem umfassenden Angebot der Politik. Nicht nur Informationen und Kommunikationsstrategien sind granularer geworden, auch das politische Angebot und die Verarbeitung politischer Informationen wird granularisiert. Aus der Perspektive des politischen Publikums erscheint Politik nicht mehr als *eine* Gestalt und übersichtlich differenziertes Angebot von Alternativen, sondern als Material rekombinierbarer Elemente und Informationen.

Ich habe an anderer Stelle die These vertreten, dass die moderne Gesellschaft nicht primär dadurch eine digitalisierte Gesellschaft ist, dass in ihr digitale Techniken verwendet werden. Ich behaupte umgekehrt: *Digitale Medien sind in der modernen Gesellschaft deshalb so erfolgreich und anchlussfähig, weil die Komplexität der Gesellschaft für granulare, digitale Verhältnisse sorgt.* Typisierungen von Informationswerten über konkrete Lebenslagen, vergleichbare Parameter über Lebensformen etc. sind nicht mehr als analoge Gruppen erfassbar, sondern nur noch als statistische Gruppen. Die Merkmale unterschiedlicher Gruppen der Gesellschaft sind nicht mehr in der Weise sichtbar, dass sich mit einem Merkmal auf Einzelpersonen schließen ließe. Sie können nur noch digital, also statistisch, das heißt mit Hilfe der Rekombination von Einzelmerkmalen, sichtbar gemacht werden. Nicht umsonst ist die multivariate Statistik zur entscheidenden Methode geworden, Informationen über die Gesellschaft zu generieren – denn würden Merk-

male von Gruppen stets in derselben Kombination auftreten, bräuchte es keine statistischen Verfahren, weil man die Gruppen analog identifizieren könnte. Einfacher formuliert: Sie wären dann sichtbar und könnten entsprechend adressiert werden.

Das macht es einerseits für die Politik komplizierter, bestimmte Gruppen gezielt anzusprechen, und das macht es im Umkehrschluss für Personen komplizierter, sich im politischen Spektrum zu verorten. Im gleichen Maße wie der Bürger aus der Perspektive des politischen Systems amorpher und unsichtbarer wird, wird das politische Angebot aus der Perspektive des Bürgers unübersichtlicher, weil sich so etwas wie konkrete Cluster von Merkmalen in keine der beiden Richtungen eindeutig bestimmen lassen.

Die erstaunliche Diagnose lautet also, dass Demokratie – wiewohl ein politisches Verfahren, für das das Prinzip *one man, one vote* konstitutiv ist – besonders dann unter Druck gerät, wenn diese individuellen *men and women* nicht als identifizierbare Gruppe angesprochen werden können, sondern tatsächlich in jener *granularen* Individualität. Diese ergibt sich gar nicht unbedingt dadurch, dass die Menschen einen besonders individualistischen Lebensstil pflegen, sondern eher dadurch, dass sich derzeit kaum politische Themen denken lassen, die wirklich im Gesamtpaket zu haben sind. Politische Kommunikation muss mit der Rekombination von Themen und mit der Heterogenität ihres Publikums rechnen, vor allem mit einem Publikum, das granularer wird.

Den Begriff des Granularen entlehne ich Christoph Kucklicks Diagnose der hohen Auflösung von individuellen

Adressaten durch Digitaltechniken des *BigData*. Dort meint der Begriff, dass der einzelne sowohl auf Märkten als auch als Patient oder als Objekt polizeilicher Überwachung bzw. Ermittlung eben nicht mehr als *homme moyen* oder als anonymes Gruppenexemplar wahrnehmbar wird, sondern aufgrund der je individuellen Kombination von Daten als einzelne Person.

Etwas Ähnliches findet Politik in ihrem Publikum vor, nur umgekehrt. Politik hat es in der weltbildgenerierenden Gestalt von politischen Ideen und Anschauungen, in der institutionellen Gestalt von Parteien und in der demokratiegenerierenden staatlichen Gestalt von Regierung und Opposition vermocht, die eigenen Adressaten als Gruppen, als analoge Konglomerate von Orientierungen anzusprechen, was sich im Algorithmus der Wahl dann in entsprechenden Ergebnissen niedergeschlagen hat.

Dieser Mechanismus scheint unter Druck zu geraten, denn das adressierbare Publikum wird für die politische Erreichbarkeit zu granular und damit letztlich unerreichbar. Politische Kommunikation konnte seine Machtchancen stets darauf aufbauen, dass es so etwas wie einen gruppenbezogenen Grundkonsens über die unstrittigen Lösungen gab, mit denen sie sich in Konflikten durchsetzen konnte. So wie die Wahrnehmung des Bürgers durch Politik letztlich vergleichsweise analoge Gruppen ansprechen konnte, war umgekehrt auch die Wahrnehmung des Politischen durch Bürgerinnen und Bürger analoger und eindeutiger. Im Hinblick auf den Machtkreislauf des Politischen ermöglichte dies eine sichtbarere Entscheidungsfähigkeit der Politik und generierte damit kalkulierbarere Zustimmungsfähigkeiten, die es dann wiederum erlaub-

ten, die oben beschriebene soziologische Selbstüberschätzung des Politischen im Hinblick auf ihre Steuerungskompetenzen plausibler zu machen. In Deutschland konnte im europäischen Vergleich bis vor Kurzem wenigstens im Bereich der Volksparteien die „paketförmige“ Erreichbarkeit des Publikums noch aufrechterhalten werden. Im Falle der Sozialdemokratie steht dies bereits stark in Frage und mit einem bevorstehenden Generationswechsel ist auch mit Blick auf die Unionsparteien zu erwarten, dass es ihnen immer weniger gelingt, die Wähler mit „paketförmigen“ Angeboten zu erreichen.

Politik scheint also in doppelter Weise unter Druck zu geraten:

- Sie erlebt zum einen mit der Komplexitätssteigerung einer globalisierten funktional differenzierten Gesellschaft, die ich mit der Metapher der *verteilten Intelligenz* belegt habe, dass sie ihre eigene Funktion nur unter erschwerten Bedingungen erfüllen kann. Kollektiv bindende Entscheidungen werden im Hinblick auf die Machtchancen anderer, nicht politischer Akteure schwieriger, insbesondere was ökonomische Zugzwänge sowie mediale Darstellungen und Beschreibungen der Gesellschaft angeht.
- Sie erlebt zum anderen mit der schwierigeren Erreichbarkeit der Adressaten zugleich eine Dysfunktion im Hinblick auf den zweiten Aspekt ihrer Funktion, nämlich der Herstellung und Ansprechbarkeit von Kollektivitäten, innerhalb derer durch Politik so etwas wie eine gemeinsame Problemdefinition konstruiert werden kann und dann per Regierungshan-

deln unter Aufsicht einer staatsinternen Form der Opposition plausibel wird.

Diese beiden Aspekte sind nicht einfach das Ergebnis von politischen Fehlern oder politischen Inkompetenzen, die man durch geeignete Konzepte auffangen könnte. Es kommt hier vielmehr zu strukturellen Verschiebungen, für die sowohl politischer Protest *gegen* das politische System als auch Wahlabstinz nur Symptome sind. Politik kann angesichts der nachlassenden Fähigkeit, gemeinsame Probleme zu definieren und kollektiv bindende Entscheidungen herzustellen, letztlich nicht mehr durch Argumente überzeugen, weil das politische Argument sogar seine Macht als Argument verloren hat.

O-Töne politischen Protests zeugen davon, dass jedes Argument des politischen Personals per se als delegitimiert angesehen wird. Dabei geht es hier gar nicht um die Argumente, sondern um einen grundlegenden Machtverlust politischer Kommunikation, die keinerlei Asymmetrie mehr zwischen sich und ihrem Publikum herstellen kann – Asymmetrie verstanden als Ausgangspunkt des Machtkreislaufs, der nicht nur Macht über Entscheidungsrouinen hat, sondern auch über Problemzuschnitte, Problemdefinitionen und Lösungsperspektiven. Politische Macht gilt nicht nur der Durchsetzung von Entscheidungen, sondern der Pflege des kommunikativen Raums, in dem Entscheidungen vorbereitet, verworfen, getroffen und begründet werden. Ich erinnere daran: Macht erkennt man daran, dass derjenige, über den Macht ausgeübt wird, tut, was ihm geheißen. Wenn es den politischen Mandatsträgern, Parteien und Institutionen nicht gelingt, große Teile ihres Publikums zu erreichen, so ist dies tatsächlich nichts we-

niger als ein Machtverlust und ein Verlust jener Asymmetrie, die für Machtverhältnisse konstitutiv und notwendig ist. Das gilt für Wahlabstinenz wie für politischen Protest gleichermaßen.

Das Stichwort der *Asymmetrie* verweist auf einen weiteren Aspekt. Jenseits von politischem Protest an den Rändern des politischen Spektrums, also auf der rechtsradikalen Seite von PEGIDA und ähnlichen Bewegungen sowie auf der linksradikalen Seite sogenannter Autonomer, lässt sich ein genereller Trend der gegenwärtigen Kultur beobachten, den man als „Symmetrisierung“ bezeichnen könnte. Es ist insbesondere die Münchner Soziologin Irmhild Saake, die in mehreren Arbeiten darauf hingewiesen hat, wie unplausibel insbesondere in der jüngeren Generation asymmetrische Verhältnisse geworden sind.²⁵ Sie macht das an konkreten Beispielen fest: an veränderten Erwartungen etwa Ärzten oder Geistlichen gegenüber, am Verhältnis von Eltern und Kindern, an der selbstverständlichen Forderung nach Augenhöhe zwischen Lebensformen und Lebensentwürfen, an der inzwischen unplausibel gewordenen Asymmetrie zwischen besseren und schlechteren Argumenten, an der Vervielfältigung von Sprecherpositionen, inzwischen sogar an der Symmetrisierung von Menschen und Tieren in der Ethik, überhaupt an der Ethisierung von immer mehr Phänomenen, am Unplausibelwerden von Expertise, an der Gremienethik, die unterschiedliche Sprecher miteinander in Verbindung bringt etc. All diese Beispiele, so Saake, verweisen darauf, dass strukturbildende Asymmetrien unwahrscheinlicher werden und

25 Vgl. Saake, Irmhild: Die Menschen der freien Welt ertragen keine Ungleichheiten und Machtunterschiede mehr. Das macht die Welt gerechter. Und wahnsinnig kompliziert. In: Süddeutsche Zeitung vom 04.06.2015.

Weltsichten sich letztlich vor allem darin ähneln, dass sie je unterschiedliche Formen von Betroffenheiten erzeugen.²⁶

Eine solche Kultur der Symmetrisierung ist kaum in der Lage, Strukturen verbindlich festzulegen, weil authentische Sprecher in konkreten Betroffenheiten ihre je eigene Perspektive mit einer besonderen Würde versehen. So verwandeln sich dann etwa klassische religiös vermittelte Speiseverbote in Bekenntnisse zu bestimmten Essstilen, die anders als die religiösen Gebote nicht für eine klar definierte Gruppe konstitutiv und exklusiv sind, sondern nun authentische Stellungnahmen zur Welt sind. Die Sprecher sind daran gewöhnt, dass andere Stellungnahmen anders ausfallen, aber dieselbe Erhabenheit besitzen. Damit soll keineswegs in Abrede gestellt werden, dass es durchaus auch als Freiheitsgewinn gesehen werden kann, dass sich Bekenntnisse und Selbstbeschreibungen, Entscheidungen und Begründungen nicht mehr ausschließlich von außen bestimmen lassen. Man könnte fast geneigt sein, dies für eine Vollendung der Aufklärung zu halten, nach der wir uns unseres eigenen Verstandes zu bedienen haben.

In Ergänzung zu Irmhild Saakes überzeugender Diagnose sei hier noch angefügt, dass sich dieser Trend letztlich auch der politischen Einordnungsmöglichkeit entzieht. Er ist nicht *bürgerlich* im klassischen Sinne, denn zur Bürgerlichkeit gehörte letztlich stets die Erwartung, dass sich äußere Asymmetrien wie Traditionen, Gebote und Verbote, Regeln und Handlungseinschränkungen von einer klaren Außenleitung zur Innenleitung verlagern. Zur bürgerlichen

26 Saake, Irmhild: Soziologie der Ethik. Semantiken symmetrischer Kommunikation. In: Nassehi, Armin / Saake, Irmhild / Siri, Jasmin (Hrsg.): Ethik – Normen – Werte (Studien zu einer Gesellschaft der Gegenwarten). – Wiesbaden: VS Verlag, 2015. – S.43-67, hier S. 58 f.

Gesellschaft gehörte die Idee, dass der Einzelne wollen soll, was er soll – was ganz deutlich asymmetrische Sprecher voraussetzt, die den Bürger dazu bringen, durch gelungene Einsicht in die Regeln der Gesellschaft sich dann auch auf Augenhöhe begegnen zu können. Es ist eher so etwas wie eine ironische Wendung der Aufklärung, die zwar Augenhöhe herstellt, darin aber auf den Mechanismus verzichtet, sich einer vernünftigen Struktur zu fügen. Diese ironische Aufhebung der bürgerlichen, insbesondere protestantischen Idee der Aufwertung der Innerlichkeit und der authentischen Stellungnahme führt dann letztlich dazu, dass Asymmetrien als die vormaligen Quellen des vernünftigen Argumentierens völlig unplausibel werden.

Dieser Trend ist aber auch nicht *links* – auch wenn manche Trägergruppen aus den sozialen Bewegungen, aus emanzipatorischen Gruppen und aus großstädtischen bildungsnahen Milieus dies nahelegen würden. Das Linke stand stets für eine universalistische Orientierung und neigte deshalb zu eher zentralistischen Ideen des Politischen und der Gesellschaftssteuerung. Dem klassischen Linken ist die Asymmetrie geradezu konstitutiv eingeschrieben, weil es im Hegel'schen Sinne um die „Einsicht in die Notwendigkeit“ und zentralen Umbau- und Steuerungserwartungen geht – ich werde im nächsten Kapitel darauf zurückkommen. Der Symmetrisierungstrend ist ganz analog zur obigen ironischen Brechung des Bürgerlichen als eine ironische Brechung des Linken anzusehen. Es geht dabei nicht mehr um größere Gesellschaftsentwürfe, sondern universalisiert wird nur noch das Recht, dass *jeder* Anspruch anspruchsberechtigt ist. Es ist gewissermaßen ein Nebeneinander unterschiedlicher Orientierungen

auf Augenhöhe unter gleichzeitigem Verzicht auf eine universalistische Perspektive im klassischen linken Sinne.

Symmetrierversprechen sind gewissermaßen eine Synthese linker und bürgerlicher Orientierungen, weil sie weder konservativ im klassischen Sinne sind – das klassisch Konservative lebt von klaren Asymmetrien –, aber auch nicht links in dem Sinne, dass eine zentrale Lösung für alle gefunden werden muss. Unter anderem hier ist eine der Ursachen dafür zu sehen, dass die Politisierbarkeit von Themen immer schwerer gelingt, weil man letztlich zwischen Konsens und Toleranz für andere Lösungen oszilliert – unter der Voraussetzung, dass die Multiplikation von Sprechern niemanden zurücklässt, was in manchen Fällen dann durchaus zum Verlust von Urteilskraft führen kann, wenn keine Kriterien mehr dafür genannt werden können, wie weit Toleranz zu tolerieren ist.

Symmetrisierungstrends führen zur Ethisierung der meisten Probleme – mit durchaus strukturbildenden Folgen. Wenn man sich die Reaktion auf die Flüchtlinge im Sommer 2015 ansieht, die unter dem Stichwort der „Willkommenskultur“ firmiert, übrigens getragen durch ganz unterschiedliche Milieus, Generationen und politische Lager, dann ist das sicher auch damit zu erklären, dass es auf den ersten Blick unplausibel ist, Flüchtlinge asymmetrisch zu behandeln. Der Trend zu Symmetrierversprechen erschwert die Ablehnung von Menschen und macht Kommunikation auf Augenhöhe wahrscheinlicher. Wer darüber spottet oder dies für naiv hält, hat nicht verstanden, wie tief dieser kulturelle Symmetrisierungs- und Ethisierungstrend in unsere Alltagskommunikation eingewandert ist.

Gemeinsam mit Irmhild Saake habe ich das zum Anlass genommen, von einer „Kulturalisierung der Ethik“²⁷ zu sprechen. Gemeint ist damit eine Ethik, die sich weniger auf gute Gründe verlässt – schon weil die Einordnung in weniger gute oder gar schlechte Gründe als asymmetrisch abgelehnt wird –, sondern auf ein Agieren auf Augenhöhe. Sie transportiert das Bild vom sprechenden Patienten in der Medizinethik, der sich auf Augenhöhe mit dem Arzt befindet, vom sprechenden Probanden in der Forschungsethik, vom sprechenden Flüchtling in der ethischen Reflexion von Integrationsmaßnahmen und sprechenden Sterbenden in der Palliativmedizin. Um nicht falsch verstanden zu werden: Gegen all das ist nichts zu sagen – und Schweigen wäre auch keine Lösung. Entscheidend ist vielmehr die inzwischen generalisierte Erwartung von Augenhöhe.

Unterschätzt wird dabei aber die strukturierende Kraft von Asymmetrien. Wenn man die bürgerliche Idee des autonomen Individuums auf einen Begriff bringen will, dann ist es sicher die merkwürdig dialektische Figur, dass wir uns zwar unserem eigenen Willen fügen sollen und dürfen, dass wir aber das wollen sollen, was wir sollen. Sich überzeugen zu lassen, war stets die Idee, sich einem Argument zu fügen oder sich dem Algorithmus guter Gründe zu unterwerfen – was bei Hegel dann sogar als Freiheitsgeste gedacht war. Jedenfalls lässt sich empirisch nachzeichnen, dass Freiheit damit zusammenhängt, dass die Gesellschaft auf allzu viel äußere Kontrolle verzichten kann – übrigens auch auf politische Gewaltandrohung, die ja nur notwendig ist, wenn sich Bürgerinnen und Bürger nicht im

27 Saake, Irmhild / Nassehi, Armin: Die Kulturalisierung der Ethik. Eine zeitdiagnostische Anwendung des Luhmannschen Kulturbegriffs. In: Burkart, Günter / Runkel, Gunter (Hrsg.): Niklas Luhmann und die Kulturtheorie. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004. – S. 102-135.

Rahmen normativer Erwartungen bewegen, die durch das Recht bewehrt sind. Historisch gesehen waren es übrigens klassische Professionelle wie Ärzte, Priester und Juristen, Lehrer und öffentliche Sprecher, die als „Gute-Gründe-Lieferanten“ dienten. Diese Asymmetrien waren auch eine Art Quelle jenes Verstandes, dessen wir uns selbst zu bedienen hatten. Paradoxaerweise waren sie auch erst die Bedingung für Kritik an diesen Autoritäten, die nur deshalb kritisiert werden konnten, weil sie Autoritäten waren. Emanzipationsprozesse setzen Autoritäten voraus. Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft war letztlich geprägt davon, sich an solchen Autoritäten zu reiben und für bessere Argumente zu sorgen. Asymmetrien waren durchaus nicht nur ein Problem, sondern auch eine Lösung.²⁸

Was für die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern, zwischen Professoren und Studenten, zwischen Eltern und Kindern, zwischen Professionellen und Klienten, zwischen besserem und schlechterem Wissen in der klassischen modernen Gesellschaft galt, ist für das politische System geradezu konstitutiv. In einer funktional differenzierten Gesellschaft ist auch Politik nur ein Funktionssystem neben anderen, wie der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Religion oder dem Recht. Aber politische Semantiken, das politische Selbstverständnis und die Erwartungen an Politik leben letztlich von der Asymmetrie, als Teil des Ganzen fürs Ganze stehen zu wollen. Von dieser Asymmetrie kann Politik nicht lassen – schon weil es Politik ohne Macht nicht geben kann. Auf die konstitutive Bedeutung des Machtkreislaufs habe ich mehrfach hingewiesen.

28 Vgl. dazu Nassehi, Armin: Asymmetrien als Problem und als Lösung. In: Fateh-Moghadam, Bijan / Sellmaier, Stephan / Vossenkuhl, Wilhelm (Hrsg.): Grenzen des Paternalismus. – Stuttgart: Kohlhammer, 2009. – S. 341-356.

Dass Macht freilich in der angedeuteten Weise unplausibler wird und der „granulare“ Einzelne immer weniger daran gewöhnt ist, sich einem Allgemeinen unterzuordnen und letztlich authentische Stellungnahmen zur Welt kaum in ungleiche Positionen zu bringen sind, ist meines Erachtens einer der Hauptgründe dafür, warum es politischer Kommunikation kaum gelingt, in ihrer Kommunikation Nein-Stellungnahmen stärker kontrollieren zu können. Man kann das bei den beiden großen deutschen politischen Narrativen geradezu mit Händen greifen:

- Die Sozialdemokratie ist nicht mehr in der Lage, die klassischen Motive der sozialen Aufsteiger zu binden und könnte gerade deshalb jenes Milieu mitproduziert haben, für das jegliche Asymmetrie geradezu unplausibel wirkt, gerade weil man über Generationen die Erfahrung gemacht hat, sich aus limitierenden Restriktionen des Milieus zu befreien.
- Und für die Union ist die Lage insofern ähnlich, als das Unplausibelwerden von Asymmetrien gerade den Kern konservativer Denkungsarten und Lebensformen trifft. Dass die klassische konservative Klientel nur noch einen kleinen Teil der Stammwählerschaft der Union ausmacht, ist dann ein Hinweis darauf, dass die politische Mitte eben auch Ausdruck jener Rekombinationsfähigkeit von politischen Inhalten ist, die in Deutschland wohl aufgrund der langjährig stabilen wirtschaftlichen Lage zu einem geringeren Druck auf die etablierten politischen Kräfte geführt hat als in vergleichbaren Ländern.

Die Wahlabstinenz in der Mitte und der bürgerliche politische Protest – klassisch wären zu nennen die Proteste ge-

gen „Stuttgart 21“, Anti-Olympiakampagnen, zum Teil sogar Antiglobalisierungsproteste gut ausgebildeter junger Leute – haben durchaus damit zu tun, dass die Selbstverständlichkeit, sich der Asymmetrie organisierter Interessen in Form von Parteien zu fügen, schlicht schwindet.

SECHSTENS

Fallen der Erzählbarkeit: Wovon sich rechter und lin- ker politischer Protest nährt

Der Argumentationsgang hat bis an diese Stelle drei Elemente der Unterbrechung des klassischen Machtkreislaufs des politischen Systems herausgearbeitet:

- *erstens* die Komplexität der Gesellschaft als sachliches Problem der angemessenen Einwirkungsmöglichkeit der Politik in die Gesellschaft bei gleichzeitiger Erfahrung, dass andere Spieler, vor allem ökonomische und mediale, sich der Einwirkung auf gesellschaftliche Prozesse bemächtigen;
- *zweitens* die Unerreichbarkeit kompakter analoger Gruppen in der politischen Kommunikation durch das, was man die Granularisierung der Gesellschaft nennen kann;
- schließlich *drittens* das Verschwinden asymmetrischer Ordnungsformen, die in der Lage sind, Prozesse zu konditionieren.

Diesen drei Elementen der Unterbrechung des klassischen Machtkreislaufs ist eines gemein: Selbstbeschreibungen und Erklärungen fallen komplex aus und sind schwer auf den Begriff zu bringen.

Man könnte sagen: Wie auch gesellschaftliche Gruppen heute kaum in analoger Gestalt, sondern fast ausschließlich mit statistischen Mitteln, also: *digitalisiert*, sichtbar zu machen sind, gilt das letztlich auch für die politische Kommunikation. Sie kann fast nur mit digitalen Mitteln arbeiten, will heißen: Sie muss die Komplexität ihrer Einwirkung auf die Gesellschaft immer deutlicher erklären, auch weil sich politische Konzepte kaum mehr in Paketlösungen anbieten lassen. Politik lebt aber auch von der plakativen, von der analogen, von der unmittelbar lebensweltlich anschlussfähigen Sprache – schon um ihre Funktion zu erfüllen, Kollektivitäten durch Ansprache adressierbar zu machen. Je komplexer die Situation, desto weiter freilich streben die politische und die sachliche Ebene des Politischen auseinander. Was verloren geht, ist die Erzählbarkeit des Politischen.

Die beiden großen Themen der letzten beiden Jahre, die Finanz- und Schuldenkrise einerseits, die Flüchtlingskrise andererseits, sind gute Beispiele dafür. Bei der Finanz- und Schuldenkrise tritt die sachliche Ebene schon deshalb hinter die des Politischen zurück, weil sie sogar Experten kaum erklärbar ist und somit schwer in politische und politikfähige Narration übersetzt werden kann. Das hat zu Abstiegsängsten und Unbehagen gegenüber der Steuerungs- und Handlungsfähigkeit des Staates und der europäischen Institutionen geführt. Ähnlich hat die Flüchtlingskrise zu einer Situation geführt, die die politische von der sachlichen Ebene entfernt hat. Der Unterschied zur Finanzkrise liegt darin, dass sich hier relativ einfache Chiffren der kulturellen Differenz, der Fremdheitsangst und nicht zuletzt der lebensweltlichen Unmittelbarkeit simulieren lassen. Selbst wenn die Flüchtlingskrise unter sach-

lichen Gesichtspunkten eher eine logistische Herausforderung ist, wird sie als kulturelle Bedrohung kommunizierbar. Die Erzählbarkeit liegt dann auf der Hand. Erheblich narrationsfähiger als tatsächlich komplexe Sachprobleme – wie die Bereitstellung bzw. der Bau von Wohnraum oder der Umgang damit – ist, dass sich viele Flüchtlinge tatsächlich nicht in dem Maße für Ausbildungsberufe qualifizieren lassen, wie dies als Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt notwendig wäre. Hier sind komplexe Fragen zu bewältigen, die zum Teil nicht einmal für die politischen Eliten narrationsfähig sind.

Politische Opposition von außen, also politischer Protest gegen das politische System lebt von solcher Erzählbarkeit und ihrer preisgünstigen Verfügbarkeit. An den derzeit besonders prominenten Formen im rechten Spektrum lässt sich dies besonders gut ablesen. Wenn man es nur an PEGIDA festmachen wollte, so gelingt es dieser Bewegung und ihren Derivaten, komplexe Zusammenhänge in einfachen Kategorien darzustellen. Fremde, Flüchtlinge, Muslime etc. werden dadurch als Verantwortliche adressierbar, weil sie als Fremde eine Form von Sichtbarkeit aufweisen, die der Gesellschaft sonst verlorengegangen ist. Rechte Orientierungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich den Menschen nur als Angehörigen einer festen Gruppe vorstellen können. Von Armin Mohler, dem rechten Vordenker des Antiliberalismus, stammt der ebenso böse wie schöne Satz, die Liberalen beurteilten die Menschen danach, was sie sagten, nicht danach, was sie seien.²⁹

29 Vgl. Mohler, Armin: *Gegen die Liberalen*. – 3. Aufl. – Schnellroda: Antaios, 2013. – S. 9.

Insofern ist politische Kommunikation stets indizierte Kommunikation. Analog dazu, dass etwa die Anpreisung eines Produkts durch einen Firmenvertreter nicht nur einen Sachaspekt hat – das Produkt kann wirklich gut sein –, sondern immer und unvermeidlich auch als Werbekommunikation oder Marketing wahrgenommen wird, enthält die Kommunikation eines Politikers stets neben dem Sachaspekt auch einen politischen Index. Was gesagt wird, wird ebenso unvermeidlich als Statement innerhalb politischer Konkurrenz um Positionen wahrgenommen.

Exakt hier setzt der Populismus an. Er bietet einerseits stets einfache Lösungen für komplizierte Probleme an, und er versucht, die Differenz von Staat und Staatsvolk aufzuheben. Nicht umsonst setzt politischer Populismus zu meist an der Kollektivität des Adressaten an, man denke etwa an die *Wahren Finnen* oder an Marine Le Pens *Front National*, Heinz-Christian Straches Post-Haider-FPÖ oder die *Dansk Folkeparti* mit traditionell nationalistisch-konservativen Positionen, aber auch an Geert Wilders in den Niederlanden oder die belgischen *Nieuw Vlaamse Aliantie* von Bart de Wever, an die Wahlerfolge der polnischen PiS im Jahre 2015, an Victor Orbáns *Fidesz* und nicht zuletzt an die AfD in Deutschland, die im Herbst 2015 von der Diskussion um die Flüchtlingskrise profitiert hat und inzwischen so etwas wie der parlamentarische Arm von PEGIDA zu werden scheint.

So unterschiedlich diese Bewegungen auch sind, so sehr treffen sie sich in einem Punkt. Sie kommen darin überein, dass das moderne Gemeinwesen jenen Identitätskern verloren habe, den es als Nation, als Schicksalsgemeinschaft einmal hatte. Dies ist eine merkwürdig moderne und anti-

moderne Haltung zugleich. Antimodern ist sie darin, dass sie nicht mit der Vielfalt, dem Pluralismus und der Komplexität einer modernen Gesellschaft zurechtkommt. Modern ist sie, weil das Modell europäischer Nationalstaaten spätestens seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts darauf gesetzt hat, eine Solidarität unter Fremden zu stiften, deren Zumutung darin bestand, trotz der gesellschaftlichen Komplexität einer sich modernisierenden Gesellschaft eine Gemeinschaft zu sein, die ein gemeinsames Schicksal teilt. Dass die Bewohner europäischer Nationalstaaten ihre unveräußerlichen Rechte als Menschen in Gestalt veräußerlicher Rechte als Bürger eines konkreten Staates genossen, gehört zu den bis heute nicht geheilten Wunden des Modernisierungsprozesses – allen normativen Ideen eines neuen „Kosmopolitismus“ zum Trotz. In diese offene Wunde streut der Rechtspopulismus sein Salz. Was populistische Bewegungen freilich gemeinsam haben, ist ihre Fähigkeit, komplexe gesellschaftliche Probleme auf leicht verständliche und kommunizierbare Nenner zu bringen.

Diese Welt ist in der Tat komplizierter geworden – vor allem dann, wenn sich der immerwährende Traum wachsender Prosperität und steigender Lebensstandards nicht mehr träumen lässt. Konkurrenten um knappe Ressourcen und Lebenschancen haben es immer weniger mit kollektiven, klar identifizierbaren Gegenübern zu tun. Der Konkurrent wird abstrakter und unsichtbarer – unsichtbar unter anderem deswegen, weil die Konkurrenten nur noch in Ausschnitten ihrer Persönlichkeiten miteinander konkurrieren, nicht mehr als Exemplare von eindeutigen Gruppen, Klassen und Milieus. Der Konkurrent um Ausbildung, Arbeit, Wohnung, soziale Sicherheit, sogar um intime Zuneigung und soziale Anerkennung ist letztlich nur noch eine

statistisch wahrnehmbare Größe, ein Konglomerat ähnlicher Merkmale. Konkurrenten werden, wie schon erwähnt, *digitalisiert* – sie treten nicht mehr als analoge pralle Formen auf, nicht mehr als soziale Gruppen, sondern als statistische Gruppen. Damit werden auch Verantwortliche und Schuldige immer weniger adressierbar und identifizierbar. Der Konkurrent wird schlicht unsichtbar. Für Sichtbarkeit sorgt dann der politische Populismus. Er macht Verantwortliche sichtbar und reduziert die Komplexität der Welt auf illegitime Interessen bestimmter Gruppen („gierige“ Manager, „korrupte“ Politiker, „kriminelle“ Nutznießer von Sozialleistungen, „Lügenpresse“ etc.). Populisten machen all das in prallen Bildern erzählbar.

Besonders aber sind Migrationsfolgen für den politischen Populismus lohnende Themen, denn Migranten erzeugen eine doppelte vermeintliche Sichtbarkeit: Einerseits kann man sie aufgrund von Sprache, Aussehen und „Kultur“ wirklich sichtbar machen. Andererseits sind sie sichtbarer Ausdruck für den schlechten Zustand der Gesellschaft. Gerade am Migrationsthema kann man die Technik des politischen Populismus sehr schön ablesen: Er treibt die politische Kommunikation vor sich her, vergiftet letztlich bestimmte Themen, die in der Öffentlichkeit nicht mehr differenziert diskutiert werden können, weil die einfachen Lösungen auf dem Tisch liegen.

Es hat sich in der Bundesrepublik inzwischen eine rechte Publizistik etabliert, die weit von den eher unbeholfenen Parolen auf der Straße entfernt ist, ihr aber intellektuell den Rücken deckt. Man kann davon ausgehen, dass diese Publizistik mit Autoren wie Götz Kubitschek, Martin Lichtmesz, Karlheinz Weißmann oder Manfred Klei-

ne-Hartlage³⁰ durchaus ähnlich wie manche linksextreme Unterstützung aus dem Umfeld von Universitäten in den 1970er Jahren für das Umkippen der Studentenproteste den Nährboden dafür bereitstellen, Beschreibungsformeln und zitierbare Sätze zu produzieren, die nicht nur bei PEGIDA-Reden genutzt werden, sondern auch Blaupausen für AfD-Politiker anbieten.³¹ Womöglich ist diese Intellektualisierung des rechten Diskurses eines der deutlichsten Anzeichen dafür, dass sich diese Denkungsart etabliert und auf Dauer stellt.

Solches rechte Denken ist sogar in der Lage, Toleranz und Multikulturalismus zu ermöglichen und zu begründen, wie man es bei dem sehr einflussreichen französischen Publizisten und Philosophen Alain de Benoist nachlesen kann. In seinem Buch *Aufstand der Kulturen* plädiert er für eine Rehabilitierung der „Verschiedenheit“ als grundlegendes Ordnungsprinzip explizit als Gegenprinzip gegen das Versprechen der Gleichheit, wie es seit der Aufklärung gilt.³² Man kann dieses Denken von Benoist und der sogenannten „identitären Bewegung“ auch als ein Lob der Vielfalt lesen, und zwar in dem Sinne, dass man Vielfalt insofern gutheißt, als es durchaus unterschiedliche Kulturen und Lebensformen geben darf – aber eben nicht vermischt und innerhalb eines Raumes, sondern nebeneinander. Es ist eine partikularistische Toleranz, die unterschiedliche Behälter nebeneinander gutheißt, aber mit möglichst wenig Grenzverkehr.

30 Vgl. dazu Nassehi, Armin: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschreiben werden muss. – Hamburg: Murmann Verlag, 2015. – S. 27 ff. und S. 45 ff.

31 Vgl. dazu Zastrow, Volker: Höckes Rassentheorie. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 20.12.2015.

32 Benoist, Alain de: Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert. – Berlin: Verlag Junge Freiheit, 2003. – S. 128.

Man kann dann Fremdenfeindlichkeit als Toleranz ausgeben und das Recht an den Boden binden.³³

Das Wirksame am Populismus ist vor allem sein Kommunikationsstil. Er weist das politische System auf die Differenz zwischen staatlichem Handeln und politischer Partizipation hin. Er geriert sich wie der unsympathische Gast auf Familienfeiern, der unausgesprochene Bedingungen des Familienlebens ausspricht. Er kann so tun, als spreche er die Wahrheit, weil er sich als Volkes Stimme stilisieren kann. Er stört politische Kommunikation, weil er die Antagonismen von Regierung und Opposition, von unterschiedlichen politischen Lösungen noch einmal von sich selbst unterscheidet. Er ist ein Spielverderber, weil er das Spiel nicht mitspielt. Aber es ist kein Spiel – und begegnet wird man dem politischen Populismus wohl nur, wenn es im politischen Prozess genug Differenzen und Alternativen gibt, zwischen denen man sich entscheiden kann. Der Satz „Wir sind das Volk“ symbolisiert dann auf geradezu ästhetische Weise, dass diese Art Populismus sich tatsächlich außerhalb der politischen Institutionen verortet.

Wenn man die Polemiken und den Hass gegen Flüchtlinge richtig versteht, geht es zumeist gar nicht in erster Linie um kulturelle Differenzen oder Ähnliches.³⁴ Das kann man schon daran erkennen, dass man sich vor Islamisierung am meisten dort fürchtet, wo es fast keine Muslime gibt. Das ist ähnlich manisch wie die Furcht vor der Christianisie-

33 Vgl. dazu ausführlich Nassehi, Armin: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. – Hamburg: Murmann Verlag, 2015. – S. 26 ff.

34 Vgl. Nassehi, Armin: ‚Die arbeiten nichts‘. Eine kleine Polemik gegen den ‚Wirtschaftsflüchtling‘. In: Nassehi, Armin / Felixberger, Peter (Hrsg.): Kursbuch 183: Wohin flüchten? – Hamburg: Murmann Verlag, 2015. – S. 101-110.

rung des Morgenlandes, die einen Teil der islamistischen Extremisten im Nahen Osten motiviert. Was wohl stärker im Vordergrund steht, ist jene angebliche Privilegierung von Flüchtlingen, die staatliche Leistungen erhalten, ohne etwas dafür zu tun. Es lohnt sich schon, O-Töne der Debatte zu beobachten – und zwar nicht diejenigen diskursgeübter Mittelschichten, sondern O-Töne jener, die weder in der Verständnissemantik geübt sind, noch zu den faschistoiden Schlägern und Zündern gehören, die Wohnheime attackieren.

Das normale, kleinbürgerliche Ressentiment ist weniger ein kulturelles, schon weil man es mit der eigenen kulturellen Identifizierbarkeit nicht gar so kunstvoll hinbekommt. Das Ressentiment besteht eher darin, dass man bei den Flüchtlingen einen Mechanismus außer Kraft gesetzt wähnt, der zur ureigenen Selbstbeschreibung gehört: Dass man das, was man besitzt und worüber man verfügen kann, durch eigene Arbeit oder aus Arbeit resultierender Anspruchsberechtigung bezieht. Es ist dieser Mechanismus, der insbesondere in jenen Schichten eine besondere Rolle spielen dürfte, in denen Arbeit weniger Eigensinn hat, als Zweck ist – was sich der mittelschichtsorientierte Diskursfähige nicht vorstellen kann.

Diese Andeutungen mögen genügen, um die Struktur der rechten *Erzählbarkeit der Welt* auf den Begriff bringen zu können. Rechtes Denken bietet sehr einfache Lösungen an, weil es die Strukturfragen der Sachdimension in einer Gesellschaft verteilter Intelligenzen in die Sozialdimension verschiebt und Personengruppen ausfindig machen kann, die über die Misere der mangelnden Beschreibbarkeit einer komplexen Welt hinweghelfen. Mein Argument kapriziert

sich darauf, dass solcherart Denken, das Basis für politischen Protest ist, damit letztlich vor allem ein Beschreibungsproblem zu lösen vermag. Es ermöglicht Sätze mit klaren Kausalitäten, wo andere angesichts komplexer Verhältnisse mit komplexen Aussagen aufwarten. Und nicht zuletzt behauptet es klare Lösungen für die grundlegenden Probleme. Solche Perspektiven stellen eine Diskursfalle dar, denn es handelt sich um Kommunikation, die sich selbst gegen äußere Argumente oder Einwirkungen immunisiert. Jegliche Einwirkung von außen, jegliche Widerlegung, jeglicher Widerspruch stärkt letztlich die eigene Position, weil dadurch bestätigt wird, was die Bewegung zu einfachen Erklärungen nötigt: nämlich die Komplexität der Welt.

Linker politischer Protest folgt ähnlichen Vereinfachungen. Während bei einer rechten politischen Orientierung vor allem die kulturelle und ethnische Homogenität der Gesellschaft im Mittelpunkt steht, lässt sich ein Idealtypus des Linken an der Figur des zentralen Umbaus der Gesellschaft festmachen. Linke politische Semantiken arbeiten gerne mit der Chiffre des Umbaus: Umbau der Lebensweise, Umbau der Arbeitsverhältnisse, sozial-ökologischer Umbau etc.³⁵ Die Metapher des Umbaus impliziert, dass die Gesellschaft wie ein Werkstück, wie ein Ganzes, wie ein Objekt verändert werden könnte. Folgerichtig kommt es hier zu einer eklatanten Überschätzung des Politischen. Was ich hier links nenne, ist also nicht jene sich wahrscheinlich selbst als eher links bezeichnende Symmetrisierungsethik und -lebensform, von der ich im letzten Kapitel gehandelt habe. Solcherart „Linke“, im obigen Sinne ironisch gebro-

35 Siehe nur Brand, Ulrich: Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegenhegemoniale Strategien. – Hamburg: VSA, 2011; ders.: „Das bornierte Streben nach Profit“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.07.2014.

chene bürgerliche und linke Orientierungen taugen nicht für politischen Protest, sondern sind heute vielleicht eine besonders typische Form der politischen, zugleich aber auch apolitischen Partizipation. Sie folgt dem Trend, dass der Machtkreislauf des politischen Systems derzeit unter voraussetzungsreicheren Bedingungen stattfindet als unter den Bedingungen klarerer und damit machtasymmetrischerer Milieubindungen, die die umbauorientierten Linken kennzeichnet.

In diesem Kapitel geht es um die Fallen der Erzählbarkeit, wie ich sie für das rechte Denken bereits dargestellt habe. Im Falle des klassischen linken Denkens besteht die Falle der Erzählbarkeit ebenfalls in einer grotesken Form der Simplifizierung der Gesellschaftsbeschreibung. Um ein aktuelles Beispiel zu zitieren: Der britische Philosoph Raymond Geuss schreibt im Jahre 2015, die „existierenden politischen Systeme“ seien „Herrschaftsinstrumente unserer Wirtschaftseliten“.³⁶ Dies ist zugegebenermaßen ein recht willkürlich herausgegriffenes Zitat – aber durchaus typisch für eine Form der Erzählbarkeit, die an die klassische Idee vom Staat als „Büttel der Bourgeoisie“ gemahnt. Ganz ähnlich wie die rechten Vereinfachungen enthalten auch diese Sätze ein Körnchen Wahrheit. Bei den rechten Sätzen ist dieses Körnchen dort, wo man sehen muss, dass die konkrete Lebenspraxis erheblich „rechter“ ist als das universalistische Argumentieren. Universalistische Argumente sind leicht zu kriegen, die Lebenspraxis aber richtet sich in starken Gruppensolidaritäten, in der Präferenzierung des „Ei-

36 Geuss, Raymond: Republik, Markt, Demokratie. In: Saint Victor, Jacques de: Die Antipolitischen. Mit einem Kommentar von Raymond Geuss. – Hamburg: Hamburger Edition, 2015. – S. 97-110, hier S. 103.

genen“ und in einem alltäglichen Ressentiment gegen das Unbekannte ein.

Das Wahrheitskörnchen der linken Perspektive liegt darin, dass in der Tat die Machtansprüche und Erwartungszumutungen ökonomischer Akteure in einer globalisierten Gesellschaft den politischen Entscheidungsspielraum oft vermindern. Daraus aber die Konsequenz zu ziehen, die Demokratie sei damit letztlich abgeschafft, ist schlichte Denkfaulheit und populistische Vereinfachung. Also: Es gibt durchaus Probleme bestehender Staaten mit der Macht von Unternehmen und der räumlichen Disparität von staatlichen Einflussphären und ökonomischen Handlungsräumen für ökonomische *global players*. Sie offenbaren ein Steuerungsdefizit.

Das gilt insbesondere für jene Ökonomien, wie sie im *Silicon Valley* konzentriert sind, die nicht nur über große Summen freien Kapitals verfügen, sondern auch Technologien repräsentieren, die die Lebensverhältnisse der Menschen „regieren“. Hier entstehen völlig neue Relationen zwischen ökonomischer und politischer Macht, die mit den bisherigen Instrumenten kaum zu bewältigen und zu regulieren sind. Dazu habe ich bereits unter dem Stichwort „Granularisierung“ Stellung genommen.

Um so mehr wird das Argument zur Karikatur, wenn Geuss ausführt: „Jede Rede von Demokratie steht unter der Kautel, dass demokratische Entscheidungen kapitalgerecht ausfallen.“³⁷ Was das heißt, muss dann nicht weiter erläutert werden, denn die Ästhetik dieser Aussage und der darin enthaltenen Kausalität steht für sich. Dabei gerät

37 Ebd., S. 105.

aus dem Blick, dass die erwähnte Disparität aber gerade auf Komplexitätsprobleme verweist, die ich oben mit der Metapher der verteilten Intelligenz belegt habe. Dass es zu einer starken Ökonomisierung von Semantiken und Denkungsarten kommt und zu einer ökonomischen Machtkonzentration in bestimmten Branchen, ist unbestritten.³⁸ Sie wird aber auf geradezu naive Weise insinuiert, um das Beschreibungs- und Erzählbarkeitsproblem angesichts der Komplexität der Welt zu lösen.

Ich habe an anderer Stelle Kapitalismuskritik dieses Typs als eine Strategie der „Selbstberuhigung“ bezeichnet und argumentiert, dass solche Beschreibungen die Komplexität von Optionssteigerungen anderer Funktionen völlig unterschätzen.³⁹ Auch hier gilt also das Argument: Solcherart Beschreibungen haben den *Vorteil*, dass sie einfache Kausalitäten und damit Erklärungsmuster anbieten und damit politischen Protest mobilisieren können. Sie haben den *Nachteil*, dass sich solcherart Diagnosen schon aus Gründen der Ästhetik letztlich dem politischen System bzw. den politischen Institutionen und deren Kommunikationsformen entziehen.

Ich habe meine Überlegungen in dieser kleinen Studie mit der Erläuterung des Machtkreislaufs im politischen System begonnen und Wahlabstinenz als passive Form und politischen Protest als aktive Form der Reaktion bezeichnet. Insbesondere politischer Protest des hier ange deuteten Typs etabliert sich als eine Form der Opposition

38 Vgl. Nassehi, Armin: Ökonomisierung als Optionssteigerung. Eine differenzierungstheoretische Perspektive. In: Soziale Welt, 63 (2012) 4, S. 403-420.

39 Nassehi, Armin: Kapitalismuskritik als Selbstberuhigung. In: ZEIT-online vom 07.07.2015. – <http://www.lsl.sozioologie.uni-muenchen.de/dateien/2015/kapitalismuskritik.pdf>.

von außen gegen das politische System, nicht als Opposition innerhalb jenes demokratischen Prozesses, der den Mechanismus der Opposition in seine eigene Struktur eingebaut hat. Es ist hier nicht der Ort, eine genaue Typologie dieses Protests vorzunehmen und Tiefenschärfe in der Berücksichtigung unterschiedlicher Formen zu erreichen. Es geht eher um ein strukturelles Argument: Es sind gerade die Fallen der (leichten) Erzählbarkeit solcher Diagnosen, die letztlich politische Strategien, die Energie des Protests in den politischen Prozess zurückzuholen, so schwierig machen. Politische Kommunikation muss auf Überzeugungsmöglichkeiten und Gefolgschaftsangebote setzen. Aber gerade diese Mechanismen sind weniger die Folge als vielmehr die Quelle solcher Protestformen der Opposition von außen. Es ist eine geradezu paradoxe Situation: Die Anschlussfähigkeit der beiden Kommunikationsräume scheinen aufgezehrt zu sein, was sich in kleinen linken, bisweilen *autonom* genannten Gruppen, besonders aber in der PEGIDA-Bewegung zeigt. Dabei handelt es sich nur um die sichtbaren Phänomene eines Trends, der sich empirisch deutlich als ein erheblicher Vertrauensverlust gegenüber den Entscheidungen des politischen Systems und dessen Personal offenbart.

PEGIDA oder extremer linker Protest sind nicht das Entscheidende – und werden womöglich überschätzt. Die linksextremen Gruppen hat es konstant immer gegeben, und PEGIDA weist sicher auch einen spezifisch ostdeutschen Aspekt auf, der mit biografischen Erfahrungen zu tun hat. Der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer zeigte in einer luziden Analyse, dass der PEGIDA-Protest durchaus auch eine Folge des ostdeutschen Transformationsprozesses mit seinen biografischen Verun-

sicherungen ist. Man müsste vielleicht noch anfügen, dass sich auch nach 25 Jahren die Folgen einer ethnisch und kulturell homogenen und immobilien Gesellschaft des damaligen Staatssozialismus widerspiegeln, der nicht nur sein Personal einsperrte, sondern auch Zuzug von außen und pluralistische kulturelle Einflüsse weitgehend aussperrte. Wenn hier freilich von einem ostdeutschen Schwerpunkt die Rede ist, so heißt das keineswegs, dass diese Art rechten Protests, rechten Ressentiments und rechter Wählerpotentiale auf die neuen Bundesländer beschränkt wäre. Damit würde man es sich zu leicht machen.

Zugleich betont Vorländer aber, dass PEGIDA nur ein sichtbarer Ausdruck eines generellen Vertrauensverlustes in die Expertise der politischen Eliten ist, was meine Diagnose bestätigt, dass der Machtkreislauf des politischen Systems letztlich unterbrochen ist.⁴⁰ Gestützt wird diese Diagnose durch den Befund, dass auf Nachfrage nach Motiven der PEGIDA-Teilnehmer laut einer aktuellen empirischen Untersuchung von Hans Vorländer und Mitarbeitern 31,2 Prozent der Befragten Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern angeben, aber für 71,3 Prozent eine generelle Unzufriedenheit mit der Politik und 34,5 Prozent Kritik an den Medien im Vordergrund steht.⁴¹

Also nicht PEGIDA und linksautonomer Protest sind das Entscheidende, sondern die allgemeine Gemengelage, in der solche Phänomene wahrscheinlicher werden. Sie sind wohl nur ein Seismograph dafür, dass das politische Sys-

40 Vorländer, Hans: Was ist Pegida und warum? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.10.2015.

41 Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven: Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung. – Dresden: Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung, 2015. – S. 59.

tem bzw. die politischen Akteure sich Gedanken darüber machen müssen, wie der Machtkreislauf des politischen Systems wiederhergestellt werden kann. Ich wiederhole: Es geht nicht nur um die Macht, Entscheidungen durchzusetzen, sondern auch um die Macht über die Köpfe und Diskurse, die spätestens dann verloren ist, wenn die Dinge unverständlich werden (Komplexität!) oder aber der Mechanismus der fehlenden politischen Alternativen geradezu haltlose Komplexität erzeugt. Wenn es zu einer Lösung ein Gegenmodell gibt, erscheint die präferierte Lösung in der Kommunikation sofort plausibler.

In vielen europäischen Ländern ist die Gefahr des Erstarkens insbesondere der rechtspopulistischen Parteien nicht mehr nur eine Zukunftsprognose, sondern bereits Realität. In Frankreich müssen Bürgerliche und Sozialisten womöglich auf Differenzen verzichten, um den *Front National* zu bekämpfen. Dies ist geradezu ein ästhetisches Symbol für die „Opposition von außen“ und droht bei anhaltenden Wahlerfolgen der AfD womöglich auch hierzulande. Der gemeinsame Kampf gegen die Populisten ist jedoch nicht der einzige Weg.

In Ungarn und Polen sind bereits Regierungen im Amt, die semantisch nicht einmal mehr den klassischen demokratischen *comment* pflegen, einige Regierungen sind von der Unterstützung durch rechtspopulistische Parteien abhängig. Sie sind in jene Falle gelaufen, von der in diesem Kapitel die Rede war.

Die gefährliche Folge ist, dass innerhalb des demokratischen Spektrums dann kaum mehr politische Alternativen mit Rekurs auf die sachliche Komplexität diskutiert wer-

den können, wie das im Falle der Flüchtlingskrise der Fall ist. Auf diese Weise gewinnen die einfachen Narrationen überhand. Erzählbarkeit ist nicht die Lösung, sondern das Problem.

SIEBTENS

Übersetzungskonflikte und die Wiedergewinnung des Politischen

Im letzten Schritt der hier versammelten Überlegungen sollen nun in aller Kürze und eher andeutungsweise Hinweise darauf gegeben werden, in welche Richtung zunächst weiterzudenken ist, um sich den hier entwickelten Problemen zu stellen. Dabei geht es nicht um ein politisches Programm, auch nicht um konkrete politische Entscheidungen, die sich unmittelbar aus dem Gesagten ableiten ließen. Es geht vielmehr darum, aus soziologischer und gesellschaftstheoretischer Perspektive zu zeigen, was bei der Bewältigung der gegenwärtigen Probleme bedacht werden muss. Es sollte deutlich geworden sein, dass wir es keineswegs nur mit der Frage nach angemessenen Sachlösungen zu tun haben. Es handelt sich um ernst zu nehmende strukturelle Verschiebungen des politischen Systems, das den entscheidenden Mechanismus seiner Operationsweise verliert, nämlich Machtkreisläufe aufrechtzuerhalten.

Um es noch einmal in Erinnerung zu rufen: Ich habe drei Elemente der Unterbrechung des Machtkreislaufs herausgearbeitet:

- zum einen die Komplexität der Gesellschaft als sachliches Problem der Einwirkungsmöglichkeit der Politik in die Gesellschaft – die ich mit der Metapher der *verteilten Intelligenz* beschrieben habe;
- zum anderen die *Granularisierung* der Adressaten politischen Handelns als Grund für seine zunehmende Unerreichbarkeit;
- und schließlich das *Unplausibelwerden von asymmetrischen Ordnungsformen*, was politische Überzeugung und Gefolgschaft schwieriger macht.

An diesen drei Elementen müssen sich Akteure des politischen Systems und die politischen Institutionen orientieren, um den tiefgreifenden Vertrauens- und Legitimationsverlust des Politischen zu überwinden. Dabei kommt zunächst der angemessenen Beschreibbarkeit von funktionaler Differenzierung und Komplexität eine besondere Bedeutung zu. Es ist bis heute nicht gelungen, ein Narrativ für Komplexitätsfragen zu entwickeln, das sich politisch nutzen ließe. Um es wenigstens für den akademischen Bereich narrationsfähig zu machen, habe ich die Metapher der verteilten Intelligenz verwendet, die zeigen soll, dass Politik ihre eigenen Konzepte darauf einstellen muss, dass sie weder die Spitze oder das Zentrum der Gesellschaft noch deren Moderator ist, sondern selbst als ein Spieler auftritt, der nicht aus den Möglichkeiten und Restriktionen seiner eigenen Funktion ausbrechen kann.

Das klassische industriegesellschaftliche Modell hat sich dieses Zusammenhangs insofern bedient, als die politischen Konzepte sich daran orientiert haben, wie sich ökonomische Dynamik und politische Legitimationsbeschaffung zusammendenken lassen. Ob nun aus den Quellen

der katholischen Soziallehre und der ordoliberalen Schule der Sozialen Marktwirtschaft oder aber aus den Konzepten einer postmarxistischen Sozialdemokratie schöpfend bestand der Konsens dieses Modells darin, dass zwischen der Logik des Ökonomischen und des Politischen zu vermitteln sei. Und diese Vermittlung sollte interessanterweise durch die Politik erfolgen, was die Position des Politischen mit einer besonderen Komplexität ausstattete.

Dass es sich dabei um ein Modell handelt, das tatsächlich mit unterschiedlichen Logiken, unterschiedlichen Erfolgsbedingungen und unterschiedlichen Formen der Beschaffung von Legitimation zu tun hat, lässt sich am besten an den Reflexionstheorien spätmarxistischer Provenienz studieren. Es mag überraschen, dies hier ins Feld zu führen, aber in den „Spätkapitalismus“-Theorien der 1970er Jahre lässt sich wie an einem Seismograph beobachten, wie sich bei den klugen spätmarxistischen Ansätzen die Empirie moderner funktional differenzierter Gesellschaften gegen die ökonomistische Theorie des klassischen Marxismus durchsetzt. Der vielleicht differenzierteste Denker auf diesem Gebiet dürfte Claus Offe sein, der bereits 1973 darauf hinwies, dass man auch aus marxistischer Perspektive keineswegs mehr in Abrede stellen kann, dass Politik (Demokratie) und Ökonomie (Kapitalismus) zwei unterschiedlichen Logiken und Erfolgsbedingungen folgen, die von je eigener Qualität sind und somit der Dynamik der modernen Industriegesellschaft mit dem Ökonomismus und der Zentralperspektive des marxistischen Denkens nicht gerecht werden können. Offe beschreibt hier, wie sich in „kapitalistischen Staaten“ so etwas wie ein permanentes Ausrarieren zwischen den Logiken des Ökonomischen, der demokratischen Politik, des Rechts und der Verwaltung

zeigt.⁴² Offe hat dieses Modell weiterentwickelt und in seinen Analysen darauf hingewiesen, wie sich die unterschiedlichen Logiken des Ökonomischen und Politischen letztlich wechselseitig neutralisieren und eine Art „Null-Option“ hervorbringen, die Steuerungsmöglichkeiten komplexer macht.⁴³

Warum erwähne ich dies hier? Es ist meines Erachtens ein wirklich ernst zu nehmender Befund, dass es sich selbst aus einer explizit linken gesellschaftstheoretischen Perspektive nicht vermeiden lässt, die *verteilte Intelligenz* der modernen Gesellschaft zur Kenntnis zu nehmen. Es stellt sich dann die Frage, ob es sich dabei wirklich noch um eine *linke Theorie* handelt, aber das muss hier nicht primär interessieren. Wichtiger ist, dass auch in dieser Perspektive letztlich kein Narrativ existiert, wie die Differenz der unterschiedlichen Logiken der Gesellschaft zu fassen wäre. In dieser *linken* Perspektive wird man sich dann eher darauf kaprizieren, in politischen Entscheidungen stärker auf zentrale und direktive Formen der Regulierung zu setzen. Allerdings handelt es sich dabei um zwar wesentliche politische Fragen, aber nicht um eine grundlegende Lösung dafür, die

42 Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1973. – S. 65.

43 Offe, Claus: Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien. In: Berger, Johannes (Hrsg.): Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. – Göttingen: Otto Schwartz, 1986. – S. 97-118. (Soziale Welt – Sonderband; 4). Heute wird diese Theorie Offes insbesondere von Stephan Lessenich weitergeführt, allerdings erheblich weniger skeptisch und differenzierungstheoretisch als bei Offe; vgl. dazu Lessenich, Stephan: Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In: Dörre, Klaus / Lessenich, Stephan / Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2009. – S. 126-177; zum Gesamtkomplex vgl. auch Nassehi, Armin: Der soziologische Diskurs der Moderne. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2009. – S. 420 ff.

differenzierungstheoretischen Fragen wirklich ernst zu nehmen.

Letztlich stellen sich die Herausforderungen moderner Gesellschaften als „Übersetzungskonflikte“ dar. Es stellt sich stets die Frage, wie ein Problem, ein Thema, ein Konfliktpunkt aus je unterschiedlichen Perspektiven erscheint. Dies lässt sich gut in konkreten Politikfeldern beobachten. Etwa die 2015 erfolgte gesetzliche Neuregelung der Frage nach dem ärztlich assistierten Suizid hatte vor allem damit zu tun, wie man unterschiedliche Logiken angemessen aufeinander bezieht: Es spielten rechtliche, medizinische, ethische, wissenschaftliche, religiöse, ökonomische und eben auch politische Fragen eine Rolle. Und man kann kaum behaupten, dass es sich bei diesen Fragen um bloße Interessen handelt, sondern um unterschiedliche Intelligenzen, unterschiedliche Logiken, unterschiedliche Erfolgsbedingungen, unterschiedliche Problemlösungstools.⁴⁴ Die Komplexität von Entscheidungen zeigt sich bereits bei diesem Fall von eher begrenzter Reichweite – sie gilt erst recht für die großen politischen Themen wie die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik, die Bildungspolitik, die Migrationspolitik usw. Überall geht es darum, dass das politische System in einer Art Doppelrolle ist: Es ist einerseits selbst ein Spieler unter vielen, muss aber andererseits durch die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen Wirkungen im Zusammenwirken der verteilten Intelligenzen erzielen. Dabei entstehen Übersetzungskonflikte der Art, dass die unterschiedlichen Akteurstypen unterschiedliche Problemlösungskonzepte und vor allem unterschied-

44 Mit Fokus auf die ärztliche Perspektive vgl. dazu Atzeni, Gina / Nassehi, Armin: Professionelle Übersetzungselite? Soziologische Überlegungen zur Struktur von Wertkonflikten in der modernen Gesellschaft. In: Zeitschrift für medizinische Ethik, 61 (2015) 4, S. 302-313.

liche Erfolgsbedingungen haben. So wird man nicht an der Gewinnerorientierung ökonomischer Akteure vorbeisehen können, und man wird nicht unterschätzen dürfen, dass politische Prozesse langsam sind und dass das Recht nur regeln kann, was sich normativ regeln lässt. An den Konfliktzonen dieser Logiken entstehen jene Reibungsflächen, die zu bearbeiten sind – und Politik müsste wohl stärker auf diese Reibungsflächen hinweisen, wenn sie ihren Legitimationsstatus behalten oder zurückgewinnen will.

Das ist kein Plädoyer dafür, dass politische Programme nun ein systemtheoretisches Design annehmen – diese Forderung wäre ebenso naiv wie kontraproduktiv. Aber an den Schnittstellen und Übersetzungskonflikten müssten sich die entscheidenden Schlachten schlagen lassen. Die Rückgewinnung des Politischen in der Sachdimension wird also womöglich eine erneuerte Form der Expertise benötigen, die mit kybernetischen Konzepten wie Kontrolle ohne Kontrollmöglichkeiten umgehen lernen muss. Dazu gehört übrigens auch die Einsicht, dass sich Machtverhältnisse verschoben haben und Macht offensichtlich amorpher geworden ist als in der klassischen Industriegesellschaft. Ich muss dies hier nicht wiederholen – gemeint ist das komplexitätsgenerierte Steuerungsdefizit des Politischen, die Konkurrenz anderer Machtfaktoren wie ökonomische und mediale Praktiken, die die politische Handlungsfähigkeit stark einschränken, und nicht zuletzt das Problem der Adressierbarkeit von Kollektivitäten.

Es bedarf also aus der Perspektive des politischen Systems sowohl eines Narrativs, das den Umgang mit der Komplexität der Gesellschaft und ihren Entscheidungsfragen beschreibt, als auch eines Narrativs, wie Kollektivitäten

anzusprechen sind. Gebraucht werden Narrative für sachliche und für soziale Komplexität. An die Krise der Entscheidungsfähigkeit haben wir uns letztlich gewöhnt – nicht aber an die Narrationskrise mangelnder Repräsentation bestimmter Gruppen der Gesellschaft. Dass wir derzeit Wahlabstinz oder Protestwahlverhalten durch vorherige Nicht-Wähler, aber auch starke Gefühle der Verbitterung und Unzufriedenheit als besonderes Krisenphänomen betrachten, ist kein Zufall. Hier scheint die zweite Funktion des politischen Systems, nämlich Kollektivitäten ansprechbar zu halten, nicht erfüllt zu sein. Es ist auch kein Zufall, dass insbesondere diejenigen Gruppen der Gesellschaft, die sich schon vorher von den eher mittelschichtsorientierten, akademisch gesättigten und von urbanen Lebensformen geprägten Selbstbeschreibungen nicht angesprochen fühlten, zu Generalprotest an politischen, aber auch anderen Institutionen neigen.

Diese Gruppen zurückzugewinnen, kann nicht dadurch geschehen, ihre eigene Sichtweise zu bestätigen und in das Horn ressentiment- und angstgeladener Forderungen zu stoßen. Die Herausforderung besteht eher darin, diesen Gruppen kommunikative Angebote zu machen, die sie aus diesen Positionen herausholen. Die derzeitig dominanten Politikfelder – Staatsschulden- und Finanzkrise, Wohlfahrtsstaat sowie Flucht und Migration – sind allesamt Felder, die direkt auf eine diffuse, zum Teil eingebilddete, zum Teil aber auch reale Erwartung gesellschaftlicher Veränderung treffen. Im Falle der Staatsschulden- und Finanzkrise geht es um nichts weniger als die Integration Europas. Im Falle der Fluchtsituation geht es auch um eine nachholende Wahrnehmung, dass die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland ist und dass sie sich nun offensiv zu die-

ser Tatsache verhalten muss, weit über die gegenwärtige Fluchtsituation hinaus. Und im Falle des Wohlfahrtsstaates geht es um grundlegende Veränderungen auf Arbeits- und Bildungsmärkten mit erheblichen Konsequenzen vor allem für diejenigen, die nicht zu den aufstrebenden Erfolgsmilieus der neuen Produktions- und Distributionstechnologien gehören. All diese Felder brauchen nicht nur angemessene sachliche Lösungen, sondern auch narrative Repräsentationen. Der Erfolg radikaler politischer Programme kann letztlich nur als Reaktion auf dieses Fehlen gedeutet werden. Insofern sind Erfahrungen mit solchen Abweichungen nicht nur Katastrophen, sondern auch wichtige Seismographen, die den Anreiz für neue Formen der Ansprechbarkeit und der Herstellung von Kollektivitäten erhöhen sollten. Dem Protest inhaltlich nach dem Mund zu reden, ist jedenfalls die falsche Lösung.

Die Stabilität der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg war sicher der Tatsache geschuldet, dass es über alle politischen Differenzen hinweg als Konsens angesehen wurde, ein institutionelles Arrangement des Ausgleichs zwischen ökonomischer und politischer Dynamik, zwischen halb staatlichen und halb durch die Tarifpartner vereinbarten Interessen zu organisieren. Wenn es stimmt, dass sowohl Wahlabstinz als auch politischer Protest etwas mit unsicheren Zukunftserwartungen zu tun haben, so müsste wahrscheinlich an dieser Stelle angesetzt werden, um den Machtverlust des politischen Systems auszugleichen.

Der Wohlfahrtsstaat ist in modernen Industriegesellschaften sicher die Instanz, die funktional notwendig ist, um ökonomische Dynamik mit der Möglichkeit individu-

eller Erwartungssicherheit insbesondere bei abhängig Beschäftigten zu ermöglichen. Wahlabstinz und politischer Protest treten dann auf, wenn diesem institutionellen Arrangement nicht vertraut werden kann. Um es auf eine Formel zu bringen: Die Versorgungs- und Redistributionsleistungen des wohlfahrtsstaatlichen Institutionenarrangements sind es letztlich, die den Machtkreislauf und die Legitimation politischen Handelns ermöglichen. Empirische Untersuchungen weisen uns darauf hin, dass etwa der PEGIDA-Protest keineswegs von den ökonomisch Schwächsten getragen wird.⁴⁵ Dies belegt, dass der unterbrochene Machtkreislauf zwischen den Milieus, die sich durch Politik nicht mehr angesprochen fühlen, und den politischen Institutionen grundlegender Natur ist.

PEGIDA ist freilich nur ein Symbol, letztlich ein extremer Ausdruck für eine Verunsicherung, die weit über die offen rassistische und jeglichem demokratischen *comment* entzogene Haltung ist. Gäbe es PEGIDA, Wahlerfolge der AfD und ähnliche Protestformen nicht, hieße das noch lange nicht, dass die Diagnose einer Opposition von außerhalb der politischen Institutionen ungültig wäre. Womöglich zeigt sich in der Reethnisierung und Renationalisierung öffentlicher Debatten etwas, das auf ein grundlegendes Problem derzeitiger Politikformen verweist. Es dürfte gerade für eher konservative Politikmodelle ein besonderes Zeitfenster sein, in dem sich Herausforderungen und Chancen zeigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es in der westdeutschen Industriegesellschaft mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft durch die Union und der Demo-

45 Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven: Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung. – Dresden: Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung, 2015. – S. 45 ff.

kratisierung sozialistischer Ziele durch die SPD eine Art sozialdemokratische Öffnung gegeben. Grundlegend unterschieden haben sich die Modelle vor allem in den angesprochenen Milieus, aber die Grundstruktur einer Politik des institutionell gestützten Ausgleichs zwischen ökonomischen und politischen bzw. zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen war identisch. Die Herausforderungen für die beiden Volksparteien bestanden auf sozialdemokratischer Seite zu Beginn darin, keine Klassenpartei mehr zu sein. Für die christdemokratische Seite war es eher die Versöhnung mit einer klassische konservative Milieus aufbrechenden Pluralisierung und kulturellen Öffnung der Gesellschaft, die mit einem dynamischen Kapitalismus ebenso einhergeht wie mit einer aufwärtsmobilen Gesellschaft.

Vielleicht stehen wir heute – bei etabliertem, womöglich gegen alle Weltrends ausbaufähigem Wohlfahrtsstaat, – vor einer neuen parteiübergreifenden Herausforderung, die ich in einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als „Stunde der Konservativen“ bezeichnet habe.⁴⁶ Aber was kann es heute heißen, konservativ zu sein? Vielleicht liegt die besondere Potenz einer konservativen Denkungsart darin, zunächst von der Schwäche der Menschen auszugehen und nicht von ihrer Stärke. Gemeint ist damit, eine Sensibilität dafür zu pflegen, wie beschränkt die kulturellen Ressourcen für manche Bevölkerungsteile sind, mit Veränderung und individuellen Entscheidungen, nicht zuletzt mit der mittelschichtszentrierten Form eines autonom geführten Lebens umzugehen. Es ist insbesondere der große linke französische Soziologe Pierre Bourdieu,

46 Nassehi, Armin: Die Stunde der Konservativen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.02.2016.

dem wir die Erkenntnis verdanken, dass es die Praktiken der Menschen und ihre Habitus sind, die ihre Denkchiffren hervorbringen. Die Kluft zwischen Eliten und großen Bevölkerungsteilen ist auch damit zu erklären, dass die Bilder, die sich politische Programme von den Menschen machen, allzu sehr an den mittelschichtspezifischen Formen guter Gründe und vernünftiger Einsichten orientiert sind. Diese Eliten verfügen über ein anderes Maß, oder besser: über ein anderes Narrativ von Autonomie, das mehr Selbstdistanzierung erlaubt, als es in eher kleinbürgerlichen Milieus anzutreffen ist.

Die völkisch-nationalistischen, rechtsaktivistischen und rassistischen Formen, die am rechten Rand entstehen, sind eher revolutionär als konservativ, eher an der Erfindung eines neuen Menschen interessiert als an einer Sensibilität für die Lebenssituation von Menschen. Sie bieten ihnen nur ein Narrativ an, an das leicht emotional anzuschließen ist. Und es ist tatsächlich kein Zufall, dass diese eher revolutionäre Rechte angesichts der Flüchtlingssituation auf Eskalation aus ist.

Dem zu begegnen, kann nur bedeuten, die Lebenssituation von Menschen ernst zu nehmen. Wie die Soziale Marktwirtschaft und die Demokratisierung des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg auch aus einer Sensibilität vor allem für die aufstrebenden oberen und unteren Mittelschichten erwachsen sind und darin eine Befriedung der Gesellschaft ermöglicht haben, ist heute analog dazu die Frage zu beantworten, wie in einer komplexen, sich digital darstellenden, wenig homogenen Gesellschaft mit den daran nicht gewöhnten Mittelschichten umzugehen ist.

Und ähnlich wie sich die Idee der Sozialen Marktwirtschaft und der Demokratisierung des Sozialismus im Sinne einer gerechteren Verteilung von Gütern und Lebenschancen von sozialrevolutionärem Ballast und Risiken befreien, muss heute die Frage gestellt werden, wie eine modernisierte konservative Denkungsart aussehen kann. Dies war in diesem Sinn eine wahrlich revolutionäre Entwicklung. Vielleicht bedarf es heute einer ähnlich revolutionären Wiederentdeckung des Konservativen jenseits der Parteigrenzen. Das konservative Denken hat stets betont, es bedürfe äußerer Institutionen und Strukturen, um die eigene Schwäche zu bewältigen. Ist ein moderner Konservatismus möglich, der diese Institutionen nicht allein in den alten Chiffren der nationalen Einheit, traditionellen Lebensformen und imaginierten Leitkulturen findet, sondern sie neu erfinden kann? Ist eine konservative Denkungsart möglich, die auf die Überlastung des Menschen durch die moderne unübersichtliche Welt nicht einfach mit alten Institutionen und Strukturen reagiert, aber die Frage der Erwartungssicherheit und der Überlastung ernst nimmt? Ist ein Konservatismus jenseits des Bekenntnisses zu einem abstrakten Eigenen möglich? Kann das Konservative von der Überhöhung des Nationalen lassen? Ist ein multikultureller und multireligiöser Konservatismus denkbar? Ist das womöglich auch eine politische Idee, Migranten und ihre Abkömmlinge, die in ihrer Grundstruktur zumeist konservativer sind als der Rest der Bevölkerung, in die politischen Parteien zu holen?

Ob der Begriff des „Konservativen“ dafür überhaupt der richtige Begriff ist, sei dahingestellt. Jedenfalls reagiert er

auf ein Bezugsproblem, dem sich Konzepte zur Wiedergewinnung des Politischen stellen müssen.

Die Kunst der Demokratie besteht nicht darin, die Mehrheit zufriedenzustellen, sondern auch diejenigen loyal zu halten, die die amtierenden Akteure nicht gewählt haben, die Opposition also. Dieser Mechanismus wird innerhalb des politischen Systems durch die Unterscheidung von Regierung und Opposition ermöglicht. Sie erlaubt es, Varietät wenigstens zu denken und Alternativen vorzubereiten – schon die Möglichkeit produziert Legitimationspotentiale, was womöglich die Sollbruchstelle von meritokratischen Staatsmodellen ist, wie sie für China diskutiert wird.

Ungleich schwerer ist es freilich, eine dem politischen System bzw. seinen Institutionen externe Opposition anzusprechen, deren vorgeschlagene Alternative nicht nur sachlich indiskutabel ist, sondern auch politisch gar nicht erreicht werden kann. Wie man an unseren unmittelbaren europäischen Nachbarn (Polen, Österreich, Frankreich, Ungarn, Dänemark) studieren kann, könnte eine der Konsequenzen der Unfähigkeit der Einbindung dieser externen Opposition darin liegen, neue politische Akteure auf den Plan zu rufen. Deren Konzepte könnten insofern gefährlich werden, als sie wahrscheinlich nicht einmal in der Lage und willens sind, die Errungenschaften des Interessenausgleichs und der komplexitätsbewältigenden Übersetzung ökonomischer, politischer, rechtlicher, kultureller und religiöser Perspektiven zu moderieren.

Hier zeigt sich die unausweichliche Widersprüchlichkeit des Politischen unter modernen Bedingungen. Rechts- und Linkspopulisten haben den semantischen Vorteil, dass sie

für diese Übersetzungen und Moderationen zwischen den unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft immer schon Lösungen parat haben – einfache Lösungen, meistens monothematische Lösungen. Dies steht der etablierten Politik nicht zur Verfügung. Sie muss tatsächlich die Widersprüchlichkeit aushalten, dass sie etwas tun muss, was sie eigentlich nicht kann. Daraus muss aber keine fatalistische Diagnose erwachsen, sondern eine Tugend gemacht werden. Die moderierende Form der politischen Steuerung, das *credo quia absurdum* des direktiven Eingriffs in die Gesellschaft muss mit jenem Kontrollverlust rechnen, mit dem sich erst indirekte Kontrollmöglichkeiten ergeben können. All das ist nicht das Ende des Politischen, sondern ganz im Gegenteil: seine Möglichkeitsbedingung.

Im politischen System ereignet sich etwas, das auch die anderen Funktionssysteme kennen. Das Recht reguliert – aber eben nur das, was sich regulieren lässt, weil sich vieles nicht normativ steuern lässt; Wissenschaft erzeugt keineswegs sicheres Wissen, sondern eher Unsicherheit darüber, was der Fall ist; das ökonomische System kalkuliert Zukünfte und kann sie dann doch nicht herbeiführen; Religion chiffriert das Ganze als Ganzes und sieht sich konkurrierenden Angeboten gegenüber; Massenmedien wollen die gemeinsame Welt darstellen, zeugen aber von Widersprüchen einer Welt, die dadurch noch unsichtbarer wird. All das sind Grunderfahrungen der Moderne – und all das erzeugt neue Formen der Ordnungsbildung. Das Besondere des Politischen besteht darin, dass es letztlich daran festhalten muss, Kollektivitäten zu erzeugen, Kontrolle zu suggerieren, darin auch Sicherheit für die politisch erzeugten Kollektivitäten zu simulieren. Die Währung des Politischen ist, mehr noch als in den anderen Systeme-

men, Vertrauen. Vertrauen ist letztlich nichts anderes als die Fähigkeit, trotz der Unsicherheit und Nicht-Linearität von Steuerungsmöglichkeiten, solche Linearität zu repräsentieren. Dass demokratische Politik fallibel ist, ist letztlich jene Rückversicherung, die auf dem Mechanismus der Wahl und der Reaktion auf institutionalisierte Opposition gründet. Das politische System hat die Möglichkeit, Lösungen auszuprobieren, in der Wechselseitigkeit von falliblen Lösungen zu einer steten Neuanpassung an seine Umwelt zu kommen – nie ein für alle Mal, aber in steten Gegenwarten wieder.

Vertrauen entsteht dort, wo diese institutionalisierte Fehlerfreundlichkeit gelingt. Vielleicht ist Politik nur dort möglich, wo es nicht bei jeder Frage ums Ganze geht – denn nur dann ist es möglich, den Kreislauf von Lösung und Scheitern, von Kontrolle und ihrer Unmöglichkeit stabil zu halten. Dazu gehört zentral der Machtkreislauf zwischen politischem System und „Gesellschaft“, der sich nur mit dem Mechanismus der Legitimation wiederherstellen lassen kann.

Vielleicht ist die Flüchtlingskrise derzeit deshalb so ein starker politischer Katalysator, weil sich in den Flüchtlingsbewegungen geradezu symbolisch das Eindringen globaler Herausforderungen für den Nationalstaat zeigt, die kaum zu kontrollieren sind – dabei sind die Flüchtlinge letztlich noch das kleinste Problem. Wer Politik wirklich erklären will, muss heute tatsächlich mit vernetzten Erklärungen, mit der Idee einer verteilten Intelligenz umgehen, muss mit kaum überschaubaren Verflechtungen und mit unerwarteten Rückkopplungsschleifen rechnen. Er wird feststellen, dass Informationen in digitaler Gestalt noch

weniger nachvollziehbar sind, als es davor der Fall war. Dasselbe gilt übrigens auch für das Thema der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise sowie die Auseinandersetzungen um Griechenland, die 2015 von der medialen Agenda nur deshalb verschwunden sind, weil es die Flüchtlingskrise gab.

Aus soziologischer Perspektive gibt es wenig Grund zur Selbstberuhigung, denn die Dinge werden eher komplizierter als einfacher. Vielleicht ist die Granularisierung der Bevölkerung so etwas wie eine innere Globalisierung und Vernetzung, die analog zur äußeren auch die eigene Bevölkerung unübersichtlicher und weniger kalkulierbar macht.

Für diese Fragen müssen neue Narrative gefunden werden. Dies werden dann jedenfalls nicht mehr die Narrative sein, die die klassischen Milieus der Gesellschaft abgebildet haben und deren Strukturen letztlich aus dem frühen 20. Jahrhundert, zum Teil sogar aus dem 19. Jahrhundert stammen, als sich ähnliche Strukturverschiebungen ereigneten. Und das Entscheidende ist womöglich nicht mehr nur das Verteilungsnarrativ, sondern eher die Frage, wie sich Beschreibungen entwickeln lassen, in denen sich die Menschen wiederfinden. Das heißt nicht, dass Verteilungsprobleme nicht mehr gelöst werden müssen – das müssen sie, zumal sie sich erheblich verschärfen können. Aber dies ist nicht mehr der einzige Mechanismus der Legitimation. Das war mit dem Bezugsproblem des Konservativen gemeint.

Wenn Legitimation das Vehikel zur Wiederherstellung des Machtkreislaufs ist, dann ist die Arbeit an den Narrativen, an der Beschreibung der Gesellschaft jenes Vehikel,

das die beiden Funktionen des politischen Systems miteinander verbindet: kollektiv bindende Entscheidungen bereitzustellen und für ansprechbare Kollektivitäten zu sorgen. Der akademische Diskurs und die Expertenkulturen beschränken sich zumeist auf die Übersetzungsarbeit der sachlichen Entscheidungsebene, während die Stärke der Ansprechbarkeit von Kollektivitäten die Domäne des Populismus ist, zumeist bei gleichzeitigem Ausschluss jener, die dem Kollektiv nicht angehören. Diese Entkoppelung gilt es aufzuheben.

Übersetzungskonflikte stellen sich also nicht nur auf der Sachebene der Vermittlung bzw. der unterschiedlichen Erfolgsbedingungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Funktionen, sondern auch auf der Ebene der beiden Grundfunktionen des Politischen. Hierfür kann an dieser Stelle keine Lösung angeboten werden – wenn nicht die genaue und gelassene Identifizierung des Problems schon der erste Schritt zur Lösung ist.

Der Autor

Prof. Dr. Armin Nassehi ist Inhaber des Lehrstuhls für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Er wurde 1960 in Tübingen geboren und studierte Philosophie, Soziologie, Erziehungswissenschaft und Psychologie in Hagen und Münster. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Politische Soziologie, Kultur-, Organisations-, Wissens- und Religionssoziologie.

Nassehi ist nicht nur Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen, sondern beteiligt sich auch intensiv an gesellschaftlichen Debatten. Seit 2012 ist er Herausgeber der Kulturzeitschrift „Kursbuch“.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Petra Bahr

Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
Telefon: +49-(0)30-2 69 96-3550
E-Mail: petra.bahr@kas.de

Nico Lange

Stv. Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
und Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
Telefon: +49-(0)30-2 69 96-35 94
E-Mail: nico.lange@kas.de



POLITIK DENKEN

Protest gegen demokratische Institutionen, Wahlenthaltung und Populismus sind lediglich Symptome eines unterbrochenen Machkreislaufs infolge gesellschaftlicher Veränderungen. Armin Nassehi sucht nach den tieferen Ursachen und entwickelt Ansätze, wie Politik damit umgehen kann.

